

Annoncen  
Annahme-Bureau  
In Paris  
Durch die Expedition  
Leupold (C. J. Ulrich & Co.)  
Bretschko 14;  
in Gräfen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Garten u. Friedhof. Tel. 4;  
Graf bei Herrn H. Sitzel;  
in Frankfurt a. M.  
S. G. Hebe & Co.

# Spesener Zeitung.

Sieben und siebzigerster Jahrgang.

Sonntag, 13. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

Mr. 874.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet pro Jahr 120 Taler, bezahlt vorausgezahlt für das Jahr 1874. Der Preis für jedes Blatt ist 2 Taler. Es werden keine Bezahlungen mehr angenommen.

1874.

## Amtliches.

Berlin, 11. Dezember. Der König hat den Geh. Justiz-Rath und doct. Rath im Justiz-Ministerium Nebe-Pflugkofen zum Geh. Ober-Justiz-Rath; sowie dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Otto Meiners in Konz zum Gymnasial-Direktor ernannt; dem Advokaten und Notar Riemann zu Sögel den Charakter als Justiz-Rath verliehen.

Dem Gymnasial-Direktor Dr. Meiners ist die Direction des Gymnasiums in Braunschweig übertragen, der l. Wasser-Baumeister Ferdinand Weureich zu Rügenwalde zum l. Wasser-Bau-Inspektor ernannt und denselben die von ihm bisher kommissarisch verwaltete dörliche Wasser-Bau-Inspektorstelle nunmehr definitiv verliehen worden.

## Prozeß Arnim.

Berlin, 11. Dezember.

### Dritte Sitzung.

(Schluß)

In Anschlag an den mitgetheilten Bericht vom 7. Januar d. J., worin Arnim sich weitere Mittheilungen bezüglich seines Verhaltens im gesellschaftlichen Verkehr erbetzt, wird der Bericht vom 13. Januar d. J. verlesen. Darin verbreitet sich Graf Arnim über die Stellung der französischen Regierung in Rom, die er bei dem Schwanen zwischen dem Papst und Victor Emanuel für unbalbar erachtet. Indessen hält er es für nicht geboten, Frankreich darüber zu informieren, "wie es diese Lage vereinfachen könnte". Vorlesung betrachtet die französische Nation den Schutz der Berliner Sr. Heiligkeit des Papstes als ihre Ehrenaufgabe, indessen werde sie unter dem Druck der europäischen Meinung vielleicht nicht ungern dieser Aufgabe nachziehen. Endlich meint Graf Arnim, daß die gegenwärtige französische Regierung leicht in einem Kampf resp. Konflikt mit Rom gerathen würde.

Ein Antwortschreiben des Reichskanzlers vom 18. Januar 1874 bestätigt Arnims Ansichtungen unter nochmaliger Hervorhebung der unklaren und schwierigen Siedlung Frankreichs zu Italien.

Am 23. Januar 1874 überliefert Fürst Bismarck dem Grafen eine Nummer des "Journal de Paris", welches in einem Artikel die Ansichten Arnims über Rom und Paris bestätigt und eine eventuelle Neutralität Deutschlands als unthunlich hinsetzt. Ob allerdings eine solche Entwicklung der europäischen Politik, wie hier angedeutet, für uns vortheilhaft sei, läßt Fürst Bismarck unentschieden.

Das hieraus verlesene Schriftstück ist datirt: Paris, den 22. Januar 1872, betreffend die Charakterisirung des Präsidenten der Republik Thiers. Derselbe, heißt es, habe in dem Streite zwischen der Nationalversammlung und dem Präsidenten eine neue Probe seiner Unfähigkeit gegeben, sich und Andere zu beherrschen. Die sich hieraus für Deutschland ergebende Frage, ob die Regierung des Herrn Thiers durch die letzten Vorgänge erheblich geschwächt sei, dürfte kaum zu bezweifeln sein. — Der Bericht vom 22. April 1872 betrifft eine Kritik über die Rundrede Gambetta's als Parteidoktrin.

Das folgende Schreiben, datirt vom 1. Dezember 1872, beschäftigt sich mit der Feststellung des Budgets in der französischen National-Versammlung für das Jahr 1873 und ist mit einem sehr umfangreichen Zahlensmaterial durchsetzt, woraus hervorgeht, daß das Jahr 1872 schließlich ein Deficit von 192 Millionen Frs. aufweist und daß auch das Jahr 1873 keine günstigeren Resultate ergeben wird. Im Gegentheil, selbst wenn sich die finanziellen Verhältnisse günstiger gestalten sollten, so werde in Folge des Druckes, den die Zahlung der Kriegskosten übt, Frankreich für eine Reihe von Jahren mit einem jährlichen Deficit von 100—150 Millionen arbeiten. Aber selbst dies erfordert als Voraussetzung eine Sicherheit der politischen Zustände; wahrscheinlich dagegen sei Fortdauer der jetzigen unsicheren Verhältnisse. Erst nach dieser Periode werde Frankreich in der Alternative sein, einen geordneten Staatshaushalt einzurichten, oder eine neue Anleihe von zwei Milliarden zu machen. Diese wird das Ausgabebudget um 120 Millionen Frs. mehr belasten, und man darf wohl fragen, ob dies nicht die Leistungsfähigkeit des Landes mindern wird, um so mehr, da auf eine Steigerung des nationalen Wohlstandes nicht gerechnet werden darf. Dem vorzubereiten gibt es zwei Mittel: Neuordnung des Kriegsbudgets um 100 Millionen, oder Befreiung der Staatschuld durch Rückzahlung an die Bank. Das erste wird die Regierung nicht ergreifen, das zweite wird auch nicht durchführbar sein.

Ein Bericht vom 2. Dezember 1872 betrifft Preßverhältnisse, namentlich den Zusammenhang zwischen verschiedenen wiener Zeitungen und der Gambetta-Partei. So werde der "Wanderer" von einem gewissen Cohn, der früher von Gansko für die "Neue Freie Presse" arbeitete. Ein Hauptvermittler aber für all die Beziehungen zwischen der deutschen und französischen demokratischen und radikalen Presse sei ein gewisser Simon Deutsch, der während des Krieges in Wien die öffentliche Meinung Deutschlands zu Gunsten Frankreichs zu bearbeiten suchte und über den noch sonst interessante und pikante Nachrichten — er war dem Finanzminister der Kommune Bourde attackiert — beigebracht werden. Ein gewisser Hirsch zu Chemnitz wöhle ebenfalls in der deutschen sozialistischen Presse für die Radikalen in f. w. u. s. w.

Im Bericht vom 7. Februar 1873 bemerkt im Abschluß an seinen Bericht vom 5. Graf Arnim: Auf die Frage des Herrn Thiers, ob es wahr sei, daß die deutsche Regierung einen neuen Krieg mit den Franzosen anstrebe, sobald die Schuld bezahlt sei, habe ich keinen Stand genommen, dem Präsidenten zu sagen, daß meiner festen und ehrlichen Überzeugung nach, weder Se. Maj. der Kaiser, noch das Ministerium einen neuen Krieg planten, oder auch nur für erwünscht hielten. Ein neuer Krieg würde ja doch neue Opfer auferlegen, für die kein noch so vortheilhaft Friedensschluß entschädigen könnte. Die Deutschen könnten zwar eine kriegslustige, aber nie eine kriegslustige Nation genannt werden. Eine andere Frage sei die Kriegslustigkeit der französischen Nation. Herr Thiers wiederholte zwar seine Hoffnung auf dauernde friedliche Beziehungen, das Wesentliche ist indeß für mich nur die Thatstache, daß die französische Armee in den nächsten Jahren nicht im Stande ist, auch nur einen kurzen Krieg mit uns zu führen. Ohne uns des Leichtsinns schuldig zu machen, können wir sagen, daß das gallische Schwert bis in die Mitte des nächsten Jahres nicht schwerer in die Waagschale fällt, als etwa die belgische Kriegsmacht; daher komme ich in dem Schluß, daß unserem Interesse noch mehr entsprechen würde, als dem französischen, wenn wir zu der Evaluation noch früher schreiten, als Herrs selbst wünscht. Von der darauf noch näher spezialisierten Art beschleunigten Evaluation verspreche er sich viel mehr noch, als der Zeit einen Umschlag in der Stimmung der Franzosen. Durch e beschleunigte Räumung, die zunächst wohl fast allen Mächten eine unüberlegte Handlung erscheinen würde, müßten jedenfalls

die Gemüther der Franzosen den Deutschen gegenüber zu einer freundlicheren Stimmung bestimmt werden. Dieser Vortheil würde uns dagegen entgehen, wenn wir auf dem Buchstaben der Verträge verharren.

In einem Berichte vom 17. Oktober 1873 berichtet Graf Arnim: „Ich habe gestern eine längere Unterredung mit dem Duc de Broglie gehabt. Es war mein Glück, ihn zu unterhalten von dem Einfluß, welchen der Bischof von Nancy auf beide Länder haben muß. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß wenn die Beziehungen angefangen werden, es zu einem Elat führen müsse, andererseits sei nicht zu übersehen, daß die französische Regierung nichts gethan habe, um Land zu thun, daß sie den Frieden nicht bloß für den Augenblick wünsche, sondern alles zu verhindern bestrebt sei, was die Feindseligkeiten gegen Deutschland betrifft. Wir sind bestellt von dem Gedanken, mit Frankreich nach Beendigung des Krieges in bessere Beziehungen und in Einverständnis zu kommen, wie wir ja überall mit den Regierungen in besserer Beziehungen stehen, gegen welche wir glückliche Kriege geführt. Wir können nur mit einer solchen französischen Regierung in Frieden leben, welche die Garantie bietet, daß sie die heutige Karte des Welttheils, soweit sie uns interessiert, als definitiv anerkennt. Wer diese Basis als maßgebend erkennt, wird an Deutschland eine befriedende Wirkung finden. Wenn Frankreich sein altes Königthaus zurückrufen will, ist dieses zunächst seine Sache; wenn aber die Restaurierung des Königthums das Signal für eine politische Thätsigkeit sein soll, um Alles umzustürzen, was seit zehn Jahren geschaffen ist, so wäre die Frage internationale. Zum Schluss komme ich noch darauf zurück, daß jedes Gouvernement, welches nicht bloss von seiner Friedensliebe im Allgemeinen spricht, sondern auch dazu thut, daß die Nation mit uns in Frieden lebt, mit uns stets in Frieden leben kann. Wenn nicht, müssen wir uns eine Existenz des Friedens auf andere Weise erringen. Der Herzog (Broglie) war dabei sehr erregt; er legte über die deutsche Presse. Was die Mittel betrifft, auf die Presse einzutwirken, so sei er in Verlegenheit, er habe schon öfter Avertissements ergehen lassen, die aber fruchtlos waren. Wenn tatsächlich die deposeden Fürsten und seine Heiligkeit der Papst von Frankreich etwas erhoffen, würden beide Thäile sehr enttäuscht sein.“

Es folgt die Verlesung des Berichts vom 13. Januar 1874, darin heißt es, die legitime Partei sei gegen das Ministerium verstimmt, weil es der Restaurierung des Grafen Chambord entgegen sei. Diese Fraktion habe aber Mißtrauen gegen den Duc de Broglie, der Herzog sei bei allen Parteien mißliebig. Die Unpopulärität sei aber kein Grund dafür, ihn fallen zu lassen; dennoch sei der Marshall unglücklich inspiriert, wenn er den Herzog nicht über Bord werfe. Der Duc Decazes sei der Ansicht, daß Ministerium müsse erklären, daß der Präsident Mac Mahon während der sieben Jahre in seiner Stellung verblieben sollte, und wenn das Ministerium dies thue, würde dem Lande Ruhe und Frieden gesichert sein. Dem gegenüber behauptet Paul Duval, daß das Ministerium schlecht regiert habe, indem es jetzt unter Kontrolle eines Volkes steht, welches in heftige Parteiärmel verwickelt sei. Jede Konspiration sei töricht. Frankreich sei jetzt nicht für einen Staatsstreich reif, dazu sei das Instrument nicht genügend vorbereitet, die Situation sei für Frankreich so unglücklich wie möglich.

Folgt die Verlesung des Berichts vom 11. April 1874. Es heißt darin: Grade dadurch, daß Deutschland seine Armeen für immer in ihrer jetzigen guten Organisation erhalte, habe es eine große Sicherheit. Man scheine aber in Deutschland dies außer Acht lassen zu wollen. In Frankreich halte man den Krieg nicht für unmöglich; man habe die Überzeugung, daß es längere Zeit der Ruhe brauche. Sobald man aber wisse, daß die deutsche Armee weniger solide sei, würde sich dies ändern. Die Franzosen stehen jetzt Leute, welche ihre politische Gesinnung unter der Just-Regierung gebildet hätten. Nach einer längeren Zeit der Ruhe seien sie jetzt, ohne etwas gelernt zu haben, an die Spitze des Staates gestellt. Auch ein Empire Napoleons IV. werde gleich der Republik auf junge Leute angewiesen sein. Ebenso verhalte es sich in der Armee, auch hier müsse man nur auf jüngere Leute rechnen, die aus den Erfahrungen des Jahres 1870 nichts gelernt hätten.

Damit ist die Verlesung der Atenstücke ad passus III. der Anklage beendet. Der Angeklagte Graf Arnim konstatiert auf Befragen des Präfekten, daß er dem Wortlaut der Kopien dem Original gegenüber nicht widerspreche.

Der Präsident entläßt mit Zustimmung der Vertheidigung, sowie der Staatsanwaltschaft sämtliche Zeugen, welche Botschaftsbeamte sind, mit Ausnahme des Grafen v. Wedderburn. Die advocirten Journale der pariser Botschafter werden an den Zeugen, Geheimsekretär v. Scheven, zurückgegeben und eine Vertagung der Sitzung bis 3½ Uhr beschlossen.

Die Sitzung wird um 3½ Uhr wieder eröffnet. Der Präsident richtet an den Grafen verschiedene Fragen in Bezug auf mehrere Berichtsartikel. Der erste derselben stand im September 1872 im "Echo du Parlement". Graf Arnim erklärt: Ich habe allerdings die erwähnte Notiz gesehen lassen, denn ich hatte die Absicht, meine Entlassung zu nehmen, weil, wie die Notiz andeutet, die Unannehmlichkeiten meiner gesellschaftlichen Stellung in Paris durch meinen Botschaftsbeamten nicht aufgewogen wurden. Ich hatte einen gewissen Beckmann mit der Veröffentlichung der Notiz beauftragt, der indessen, ob eigenmächtig oder mitzuerklärend, den Auftrag falsch ausführte. Vor Allem aber begreife ich die Unschuld nicht, welche das auswärtige Amt dieser Publikation gegenüber annimmt. Ich war Ende September zu Nossenheide in Urlaub und wollte aus den angegebenen Gründen meine Entlassung geben. Ich habe Niemand gefunden, der die Notiz ernst auffaßte. Nachdem dies geschehen war, erhielt ich eine Despatch vom Grafen Wedderburn, dessen Mutter gestorben war und der mich in Folge dessen bat, meinen vier Wochen noch laufenden Urlaub aufzuführen und sofort nach Paris zurückzukehren. Als ich ankam, war die Nachricht von meiner beabsichtigten Entlassung bereits durch ein hiesiges Telegraphenbüro hierher gelangt. Das auswärtige Amt forderte mich damals auf, amtlich zu erklären, ob ich wünsche, daß diese Nachricht auch in deutsche Blätter übergehe. Wenn ich also die französische Nation durch einen edlen "Zeitungspuff" duplirt habe, so hat sich das auswärtige Amt durch diese Anfrage, und war in Bezug auf die deutsche Nation, zum Misschuldigen meines Vergehens gemacht. Herr v. Thiele versicherte mich noch vor einigen Tagen, daß er sich aller dieser Vorgänge noch lebhaft erinnere. In Paris angefangt, erhielt ich einen Brief von Herrn v. Holstein, der als Privatschüler des Reichskanzlers bei diesem in Paris weilte; er teilte mir mit, daß dort zwei Telegramme aus Brüssel eingelaufen seien, welche den Reichskanzler veranlaßt hätten, mich zu fragen, ob ich wünsche, daß diese Nachricht von meiner beabsichtigten Niederlegung des Botschaftsbeamten auch in deutsche Blätter übergehen sollte. Der Herr Reichskanzler habe für seine Person nichts dagegen. Ich muß gestehen, daß ich ganz erstaunt gewesen bin, daß man hieraus Kapital gegen mich schlagen wollte.

Präsident: Wir haben ein Telegramm von Herrn v. Holstein betreffend den Auftrag des Reichskanzlers, daß Nachrichten, wie sie die belgischen Blätter in Bezug auf den Grafen v. Arnim bringen, nicht ernst, sondern ironisch zu behandeln sind. Ein zweites Telegramm enthält die Mittheilung, daß gegen die Verbreitung solcher Nachrichten nichts einzuwenden sei, doch würden dieselben nur ironisch und nicht ernstlich zu behandeln sein. Das dritte Telegramm ist von Ihnen selbst als Antwort auf das Telegramm Nr. 64, worin es heißt: Ich habe darüber gefragt, daß der ironische Ton angeschlagen wird. Ein Bericht an das auswärtige Amt vom 1. Oktober 1872, die Verbreitung der Nachricht, betreffend, daß Sie Ihre Entlassung gegeben haben, sagt u. a.: was meine Stellung zur Sache betrifft, so habe ich erst aus der allgemeinen Verdummung, in welcher sich die Franzosen befinden, versteht gelernt, wie darum sie sich benommen haben.

Angeklagter: Ich bedauere, daß ich über die französische Nation in einer Weise geprahnt haben soll, die ich nicht als die richtige anerkenne. Ich würde bitten, daß es doch ein Originalartikel sein soll, denselben ganz zu verlesen. (Geschieht)

In dem Schriftstück heißt es u. a.: Im Grunde bin ich mit den bestehenden Zuständen nicht sehr unzufrieden, obgleich ich zugeben muß, es liege auf die Dauer unbalibel werden. Ich muß sagen, daß das ungeehrige Vertragen der Franzosen seine guten Seiten hat. Die Aufgabe des Botschafters, er sei wer er wolle, wird daher sein, die Franzosen in das Unrecht zu versetzen, er wird von ihrem ungebührlichen Vertragen Acht nehmen müssen. Wollen die Franzosen in Presse und Gesellschaft ihr Haltung ändern, so muß das in einer Weise geschehen, daß man das patet peccavi heraus hört. Ich habe eine Unterredung mit dem Präsidenten darüber vermieden. Es kann mir nicht sonnen, wenn ein Börsenlösig auf Wunsch des Präsidenten sich herbeiläuft, mit mir in Beziehung zu treten; unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, wird der Augenblick kommen, wo der Thatsache Ausdruck gegeben werden muß, daß ein Botschafter in Frankreich nicht existieren kann, wenn derselbe sich auf den Präsidenten und die Eisenbahnbundesrepublik befrüchten muß, die nicht einmal den Stempel des gegenseitigen Wohlwollens tragen.“

Angell.: Ich darf wohl voraussagen, daß man in Berlin von dem Entschluß wohl unterrichtet war. Herr Beckmann batte in Paris die Sache sehr übertrieben und auf meine Veranlassung wurde der Sachen die Spitze dadurch abgebrochen, daß man aussprengt, Herr von Kahlden habe das Entschluß verursacht. Wenn das auswärtige Amt dadurch in einen Irritus versetzt wurde, so war das nicht meine Absicht.

Staatsanwalt: Der Angeklagte sucht die Sache so dargestellt, als habe Fürst Bismarck darein gewilligt, aber der Fürst befand sich einem fait accompli gegenüber. Belgische Blätter hatten die Sache sehr übertrieben und auf meine Veranlassung wurde der Sachen die Spitze dadurch abgebrochen, daß man aussprengt, Herr von Kahlden sei bringt werden. Demgemäß telegraphierte Baron von Holstein an das Auswärtige Amt, die Sache ironisch zu behandeln. Darauf wurde der Angeklagte von dem Reichskanzleramt mit Insstruktionen versehen; daß aber von ihm auch die Sache ironisch behandelt werden sollte, ist nicht gesagt. Der Bericht, daß ein Herr v. Kahlden die Veröffentlichung bewirkt habe, ist amtlich. Darauf allein liegt die Anklage Gewicht. Wenn der Angeklagte Herr Beckmann den Auftrag giebt, eine Sache zu verbreiten, so ist es auch klar, daß er weiß, in welche Zeitung er sie setzen wird.

Bertheidiger Münnich: Nach der Unterstellung des Staatsanwalts soll der Angeklagte die Behauptung aufgestellt haben, Herr v. Kahlden sei der Verfasser, und damit habe er das Auswärtige Amt täuschen wollen. Davon steht in dem Artikel kein Wort, sondern es wird nur gesagt, ein hiesiges Blatt mache Herrn v. Kahlden dafür verantwortlich.

Präf.: Kennte das Auswärtige Amt diese Vorschreibung?

Angell.: Es konnte wenigstens die ganze Geschichte nicht missverstehen, das geht aus dem Bericht hervor, der nicht verloren gegangen ist.

Präf.: In Ihrer Wohnung ist eine Nummer der "Kölner Zeitung" vom 29. Mai vorgefunden.

Angell.: Wohl möglich.

Präf.: Die betreffende Veröffentlichung in derselben ist von Ihnen erfolgt?

Angell.: Ich war darauf angewiesen, die Presse zu beinaßen.

Präf.: Dann handelt es sich um einen Artikel in der "Presse", um die bekannten diplomatischen Enthüllungen.

Angell.: Ich glaube nicht, daß diese Frage zum Prozeß gehört. Ich würde kein Bedenken tragen, mich darüber auszulassen, wenn es mein Geheimnis allein beträfe. Es sind aber andere Personen dabei beteiligt. Ich muß deshalb eine Erklärung darüber verweigern, was ich nicht in meinem eigenen, sondern im Interesse Anderer tue.

Präf.: Weiter kommt der Brief an den Stiftsprobst Dr. Döllinger in Betracht, der mit Genehmigung desselben in der Augs. "Allg. Blg." veröffentlicht ist.

Angell.: Ich weiß nicht, wie die Angelegenheit mit hierher gehört. Ich habe Herrn Döllinger ermächtigt, die Veröffentlichung von Statthen geben zu lassen.

Präf.: Dann ist noch ein Brief erschienen in der "Span. Blg." vom 1. Mai 1874.

Angell.: Der ist auch von mir.

Staatsanwalt: Es wäre von Interesse zu wissen, ob Angeklagter das aufrecht erhält, was er früher gesagt hat.

Angell.: Was ich früher geschrieben und gesagt habe, dabei bleibt es.

Staatsanwalt: Ich möchte nicht gern, daß der Herr Angeklagte seine Aussage nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme einrichtet und wünsche deshalb eine bestimmte Erklärung, ob er die früher abgegebenen Erklärungen aufrecht erhält oder nicht.

R. A. Döchhorn: Ich glaube, man wird den Angeklagten nicht nötigen können, zu irgend einer Zeit eine Angabe zu machen. Er braucht das nicht eher zu thun, als er es für nötig befindet.

Präf.: Das Kollegium wünscht diese Frage aufzusparen bis zur Verlesung der betr. Artikel.

Es erfolgt die Vernehmung der Zeugen; zunächst des Abg. Braun.

Präf.: Es sollen Ihnen im April oder Anfang Mai Anhreibungen gemacht werden seien, welche von dem Grafen Arnim ausgegangen.

Zeuge: Anfang April gingen von einem wiener Korrespondenten der "Spenerischen Zeitung", deren Herausgeber ich war, ein Paar Papier, deren Inhalt wesentlich identisch war mit den Mittheilungen, welche damals die "Wiener Presse" brachte, sie kamen jedoch erst an denselben Tage, an welchem die "Wiener Presse" hier eintraf und waren daher journalistisch nicht mehr verwendbar.

Derselbe Korrespondent hat im August noch einmal Anerkennungen von Arnim Mittheilungen gemacht. Herr Schlichte hat mir nichts darüber mitgetheilt, auch keine Urkunden darüber gezeigt. Ich erinnere mich nur, daß er gesagt hat: „Jetzt sei er der Sachen auf den Sprunge; das ganze sei eine Konspiration zwischen Arnim und Arndt, die den Zweck habe, Arnim zum Botschafter in Wien zu machen. Auf diese Mittheilung habe ich, da sie mir unrichtig schien, kein Gewicht gelegt.“

Ferner soll Dr. Schlichte behauptet haben, daß mir Anfang Mai von Arnim die Offerte gemacht sei, mir gewisse Altenstücke zu übergeben. Dem muß ich auf das Entschiedene widersprechen. An einem der ersten Tage im Mai kam Herr Paul Lindau zu mir und brachte mir eine offene Briefschrift des Grafen Arnim an die Zeitung und bat um deren Abrücke. Ich sagte, ich sei der Meinung, daß man jedem das Wort zur Vertheidigung in dieser Angelegenheit lassen müsse, indem man mit der Aufnahme des Briefes nicht die Erklärung verbunden sei. Nichts gegen denselben bringen zu wollen. — Herr Lindau meinte, daß dies möglicher Weise dem Grafen nicht lohnend würde. Ich bemerkte, daß er es dem Grafen melden und wenn dieser die Erklärung unter diesen Umständen nicht abgedruckt haben wolle, möge er es noch an demselben Tage anzeigen. Solche Benachrichtigung ist nicht eingegangen, ebenso wenig weitere Mittheilungen oder Anerkennungen. Was mir weiter aus der Schlichte'schen Aussage mitgetheilt wird, ist mir unbekannt.

R.-A. Doktor: In Karlsbad traf der Zeuge mit dem Angeklagten zusammen und es liegt also die Vermuthung nahe, daß damals vielleicht schon derartige Mittheilungen erfolgt wären.

Zeuge: Ich war allerdings mit dem Grafen zugleich in Karlsbad, habe denselben erst dort gelegentlich kennen gelernt, jedoch niemals auch nur Gelegenheit gehabt, mit ihm über derartige Dinge zu sprechen.

Auf eine das beglückte Frage des Staatsanwaltes theilt Zeuge mit, daß allerdings dem Grafen Arnim die „Spener'sche Zeitung“ zum Kauf angeboten sei, dieser jedoch die Offerte zur Zeit zurückgewiesen habe.

Zeuge Dr. Schlichte: Ich war verantwortlicher Redakteur der „Spener'sche Zeitung“. Anfang April kam vom Dr. Küdi, Mitglied der alten „Presse“ in Wien, ein Brief mit Kopien derartiger Altenstücke, die damals in jener Zeitung veröffentlicht wurden. In einem ferneren Briefe machte der Dr. Küdi die Offerte, nach weiterer derartiger Altenstücke enthalten zu wollen. Ich gab diesen Brief dem Dr. Bössart, Mitglied unserer Redaktion. Wir überzeugten uns indeß, daß die gesuchten Kopien außer dem in der Wiener „Presse“ Mittheilten nichts Neues enthielten. Mitte April ließ ein neues Schreiben des Küdi ein, des Inhalts, den gestrichenen Enthüllungen in der „Nord. Allg. Zeitung“ würden weitere folgen; falls die „Spener'sche Zeitung“ rechteitige Mittheilungen wünsche, bitte er um Nachricht und zugleich um Angabe des Honorars. Auf diesem Briefe hat der Expeditionsleiter der „Spener'sche Zeitung“ den Vermerk gemacht, daß dem Dr. Küdi 8 Thlr. Honorar für Altenstücke geahnt seien.

Werth. Münzfel: Nicht viel! (Heiterkeit)

Zeuge: Weitere Einsendungen sind nicht erfolgt, vielmehr fanden weitere Beleidigungen in der „Augsb. Allg. Zeitung“ statt. Gegen Ende desselben Monats erhielten wir einen dritten Brief, in welchem die Sache klar gelegt wurde. Man habe sich in Wien in maßgebenden Kreisen — so hieß es darin — lebhaft für Arnim interessiert und es sei dort der Versuch gemacht, ihn als Botschafter nach Wien zu akquirieren, weil man die Überzeugung habe, daß Arnim allein qualifiziert sei, der Nachfolger Bismarcks zu werden. Der wesentliche Inhalt des Briefes ist in Nr. 198 der „Spener'sche Zeitung“ enthalten. Das Original ist leider abhanden gekommen. Ich hatte bereits einen Leitartikel abgefaßt und wollte denselben zum Druck geben, als Dr. Braun mit einem gewissen Dr. Schiff erschien und wir alle drei über das Thema verhandelten. Dr. Braun bestand darauf, daß der Schiff'sche Artikel gerichtet werde. Am Abend erschien Dr. Braun und erzählte, daß ihm ein Schriftstück durch einen Zwischenhändler des Grafen Arnim übergeben sei. Wir lasen dasselbe und zugleich erhielt Dr. Braun vom Grafen Arnim eine Aufforderung, ihn zu besuchen, da er ihm noch weitere Mittheilungen über die Sache geben wolle, die ein inter-

essantes Licht über dieselbe verbreiten. Die Thür stand bei dieser Unterredung offen und Dr. Bössart trat ein. Dr. Braun erzählte eine ganze Reihe von Einzelheiten über die Politik Arnims. Alle diese Mittheilungen veranlaßten uns, daß aufzunehmen, was in der „Spener'sche Zeitung“ vom 3. Mai enthalten ist.

Zeuge Dr. Braun: Er: Unsere Aussagen widersprechen sich in kaum zu lösender Weise. Er bestreite, daß mir Graf Arnim durch Unterhändler Dokumente angeboten hat.

Dr. Schlichte: Er: Vom einem Unterhändler hat Dr. Braun ganz besonders gesprochen.

Dr. Braun: Wenn ich überhaupt von Urkunden gesprochen habe, so daß ich solche nicht voraussehen durfte, Er hätte ich so etwas überhaupt nicht gesagt. Er: Wir sind keine Dokumente angeboten worden, ich mag, es könnten verglichenen im Spiele sein.

Der Staatsanwalt: Er: Ich bestätigt die besondere Bereidigung des Dr. Braun. Er: Der Gerichtshof beschließt demgemäß.

Der Zeuge: Er: Der Unterhändler ist ohne Zweifel; ich beantrage seine Vernehmung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zeuge Dr. Bössart, früher Redakteur der „Spener'sche Zeitung“: weiß von den angeblichen Aussagen des Dr. Braun nichts.

Zeuge wird vom Staatsanwalt gefragt, ob ein Artikel der „Spener'sche Zeitung“ unterzeichnet mit „Bössart“, von ihm — dem Zeugen — herkommend?

Wenn: Wenn mein Name daruntersteht, gewiss. (Heiterkeit)

R.-A. Doktor: Grafen Arnim ist von Herrn v. Bülow gefragt worden, ob jener Artikel nicht vorausgesetzt von ihm herkommend.

Zeuge betont wiederholt seine Autorität.

R.-A. Doktor: Ich möchte den Gerichtshof bitten, zunächst Beschluß zu fassen, ob Dr. Bössart vereidigt werden darf. Er ist mein Erstes auf dem besten Wege einen Eid zu leisten, den er nimmermehr verantworten kann. (Sensation.)

(Es folgt die Bereidigung der Herren Braun, Schlichte und Bössart.)

Herr Geheim-Regierungsrath v. Bülow wird zur Vernehmung eingeladen.

Präsident: Am 21. September 1872 hat im „Echo du Parlament“ ein Artikel gestanden, daß Graf Arnim abberufen sei und er durch einen Konsul ersetzt werden sollte. Darüber wahrscheinlich befragt, hat Graf Arnim unter dem 1. Oktober an das Außenwärtige Amt Bericht erstattet, welches Schreiben sich unter den Alten befindet und das Ihnen vielleicht bekannt ist.

Zeuge: Es ist mir bekannt, ich habe mit eigener Hand darunter geschrieben: „Seine Majestät vorgerragen.“

Präsident: Darin steht Folgendes: Als Verbreiter der irrtümlichen Zeitungsnachricht wird jetzt Herr v. Kahlden verantwortlich gemacht. Er wenigen Nachrichten, die darüber nach München gelangten, haben dort große Aufregung herverufen. Es handelt sich darum, ob Sie direkte oder indirekte Information hatten, die Sie in Stand setzte, diese vorgegebene Persönlichkeit v. Kahlden als solche zu erkennen.

Zeuge: Ich habe nie Grund gehabt zu glauben, daß die amtliche Angabe im Bericht des Herrn Botschafters eine falsche sei. Ich hielt in der That Herrn v. Kahlden für den Verfasser. Am 22. September ging ein Telegramm aus Brüssel ein, das diesen Artikel enthielt.

Dieses wurde nach Varzin geschickt, um die Bestimmung des Reichskanzlers einzuhören, in welcher Weise sich die offizielle Presse dazu verhalten sollte. Am 25. September erfolgte die Antwort, daß der Reichskanzler nichts gegen die Verbreitung dieser Notiz habe, vorausgesetzt, daß der Herr Botschafter nicht das Gegenteil wünsche. Im

Telegramm war gesagt, die ganze Sache sei ironisch zu behandeln. In diesem Sinne habe ich ein Telegramm concipirt an Herrn Grafen Arnim. (Dasselbe wird verlesen). Darauf antwortete der Herr Botschafter, daß er unangenehm berührt sei von dem Tone, in dem ein hiesiges Blatt diese Nachricht gesprochen habe, und er habe Einleitung getroffen, daß dieser „ironische Ton“ auch von ihm angeschlagen werde.

Ich reiste darauf im Gefolge Seiner Majestät nach Baden. Da ging mir

am 5. Oktober dieser Bericht zu mit dem Auftrage, ihn Seiner Majestät vorzutragen. Das habe ich bona fide gethan.

Staatsanwalt: Es ist erörtert, daß der Fürst Berichte erhielt und abschickte, ohne daß sie journalisiert wurden, selbst wenn es politische Ereignisse waren. (Zeuge bestreitet dies.)

Staatsanwalt: Es ist gestern hier erörtert, daß der Erlass Nr. 33 dem Angeklagten zugegangen sei, nachdem in seiner Familie Todesfälle eingetreten.

Zeuge: Dieser Erlass ist am 23. Abends abgegangen, also am 24. Abends in Paris gewesen, nach meinen anderweitigen Informationen ist der Herr Botschafter am 24. von Paris abgereist. Er hat also erst nach seinem Rückkehr am 11. Februar den Brief erhalten.

Staatsanwalt: Es ist gesagt, daß Graf Arnim den Brief erhalten, als er ein Kondolenzschreiben hätte erwarten sollen. Es wird offenbar daraus hergeleitet, daß der Fürst-Reichskanzler nicht nur einen strengen Vorgesetzten, sondern auch einen herz- und gesünderen Mann sei. Es sieht nun aber fest, daß der Angeklagte das Schreiben erhalten, nachdem er Wochen lang in Berlin war, wo mit ihm über den Geschäftsführer in Konstantinopel Wochen lang verhandelt war. Außerdem will ich konstatiren, daß in der That der Fürst und die Fürstin damals zwar nicht geschieden, aber einen nahen Verwandten des Botschafters gebeten haben, ihre Theilnahme dem Angeklagten auszusprechen.

Rechtsanwalt Doktor: Von den verschiedenen Personen, die hier genannt worden, ist der Person des Reichskanzlers stets mit der größten Rücksicht gedacht worden, und wenn der Staatsanwalt jetzt sagt, es würde der Versuch gemacht, den Fürsten Bismarck als einen harten Mann zu schildern, so würde nur die Person des Staatsanwalts übrig bleiben, welche eine solche Behauptung aufstellt. Der Angeklagte hat gesagt, er sei am 11. Februar nach Paris zurückgekehrt, er erwartete ein Kondolenzschreiben des Fürsten Bismarck, welches, wie wir hören, abgegangen sein soll, er fand aber keins vor, nur das Schreiben vom 21. Januar. Weiter hat der Herr Graf nichts gesagt. Nachdem man in Berlin von dem tiefen Schmerze des Grafen Arnim wußte, distanzierte der Fürst den Brief, wie er hier vorliegt, und nur aus Rücksicht auf den Angeklagten hat der Staatssekretär v. Bülow den Brief einige Tage zurückgelassen. Ich bin bereit, Beweise dafür beizubringen, wenn es gewünscht wird.

Staatsanwalt meint, daß heute Gehörte stimme mit dem Gestirn nicht überein.

Der Zeuge Dr. Landesberg aus Paris tritt ein.

Präf.: Kennen Sie denjenigen, auf dessen Veranlassung in der Wiener „Bresse“ am 2. April c. die sog. diplomatischen Enthüllungen veröffentlicht wurden?

Zeuge: Die „Bresse“ selbst hat mich mit voller Wahrheit als den Emissarius genannt.

Präf.: Haben Sie es direkt eingeschickt?

Zeuge: Ja.

Präf.: Steckt der Appell, damit in Verbindung?

Zeuge: Neben diese Frage verweigere ich die Auslassung und stütze mich dabei auf die Bestimmung der Kriminalordnung, wonach Zeugen von der Aussage dispensirt werden können, wenn dieselbe ihrem Gewerbe nachtheilig werden könnte. Mein Gewerbe ist das eines Zeitungskorrespondenten; der Werth eines Korrespondenten hängt von der Güte seiner Informationen ab, und die finden sich nicht auf der Straße, sondern müssen bei wohlunterrichteten und hohen Personen gesucht werden, bei Staatsmännern, Deputierten u. dergl. Die erste Voraussetzung dabei ist eine absolute Discretion, und bei Verletzung derselben würde ich meine Verbindungen verlieren und in meinem Gewerbe geschädigt werden.

Präf.: Erklären Sie diese Briefe hier als die Ihrigen an?

Zeuge: Ja!

Präf.: Haben Sie dieselben mit Bezug auf die vorliegende Frage geschrieben?

Zeuge (nach Durchsicht derselben): Ich verweigere das Zeugnis darüber.

Präf.: Ist Graf Arnim mit Ihnen wegen Anlaß eines hiesigen Blattes in Verbindung getreten?

macht sich die Frage laut: „Wer will sein Billet verkaufen?“ Es werden 10 Thaler Lohn für die zweitlinige Benutzung einer Karte geboten. Wenn das Glück nicht beschieden ist, durch die schmale Pforte des Sitzungssaales eintreten zu dürfen, der will den vornehm Angeklagten wenigstens die Treppe herunterkommen sehen.

Dieses Glück genießen viele. Bündlich zur Eröffnung der Sitzung, schreitet der Graf, von mehreren Herren begleitet, aus dem Zimmer, das ihm zur Erholung angewiesen ist. Es ist eine zierlich gebaute aristokratische Gestalt mit grauem Haar und Bart und recht blassen Gesichtsfarben. Der Graf ist kurzstielig und trägt ein Binocle. Schritt vor Schritt steigt er langsam, fast tastend die Treppe hinab und passiert oft, um mit seinen Begleitern zu sprechen. Gang und Haltung des Angeklagten verrathen eine bedeutende körperliche Schwäche.

Der Sitzungssaal ist überfüllt. Wir bemerkten unter den Zuschauern die Ecke der Gesellschaft; namentlich ist aus dem Reichstage die sogenannte Grandschaffekratzation fast vollständig erschienen; auch eine Anzahl junger Gardeschaffiere, mitst die Söhne aller Adelsgeschlechter, sitzen und stehen in der vordersten Reihe. Den Vertreter der Presse ist ein großer Theil des engen Sitzungssaales eingeräumt. Die Zeugen stehen nicht zwischen den Stenographen und dem Vorsitzenden des Gerichts. Die Vertreter der großen amerikanischen Blätter sitzen auf einer Bank bei einander; sie mögen nicht wenig erstaunt sein über das armelose Zimmer, das man hier mit dem stolzen Namen „Sitzungssaal“ belegt. Wie wir hören, haben die amerikanischen Reporter an jedem der beiden ersten Tage das transatlantische Kabel drei Stunden lang zur Förderung ihrer Depeschen in Anspruch genommen.

Als Vorsitzender des Gerichtshofes fungirt der Herr Stadtgerichtsdirektor Reich. Als wir die Ehre halten einst vor dem Forum dieses Richters zu stehen, redete derselbe dem Angeklagten mit solcher Kraft und Leidenschaft ins Gewissen, daß ein englischer Richter bei Anhörung dieser Doenerworte vor Verwunderung auf den Rücken gefallen wäre. Heute ist der Jupiter Tonans milder und es lagert eine Würde auf seinem Antlitz, welche den grätesten Obertribunalsträger mit Wunderung erfüllen müßte.

Der Angeklagte hat auf der bekannten Bank Platz genommen; aller Augen richten sich auf ihn und mancher Redakteur, welcher jetzt so eifrig den Bleistift spitzt, mag sich freuen, daß auch einmal ein anderer als er selber, wegen verweigter Herausgabe von Manuskripten auf der Anklagebank sitzt.

Nachdem die Verhandlungen und dann das Zeugenverhör begonnen, zeigt es sich, daß Niemand einen schwereren Stand hat, als der durch seine Antragsdelikte in letzter Zeit so berühmt gewordene öffentliche Ankläger, Staatsanwalt Tessendorf. Der Mann sieht sich drei Vertheidigern vom besten Maße gegenüber, welche jeden Vorwurf mit großem Schärfeblick entdecken und ausnutzen und die Wucht der öffentlichen Anklage zu entkräften suchen. Der Staatsanwalt mit dem klaren preußischen Beamtengeiste verliert jedoch keinen Augenblick seine Ruhe; seine Kaltblütigkeit erinnert an die der Croupiers unseligen Angedenken, welche es den Pointeurs überliefern, sich aufzuregen und durch ein gewagtes Spiel zu ruinieren. Will der Herr Graf ein Tänzchen

wagen, nun so mag er zusehen, daß er auf dem glatten Boden nicht falle.

Das Zeugenverhör ist wenig interessant, und wenn man den vielen Schweiß, der in diesem Berch vergossen wird, mit dem langsamen Gang und den vielen unverständlichen Antworten in Ansatz bringt, so gewinnt man die Überzeugung, daß es weit begümer und auch interessanter ist, den Prozeß Arnim des Morgens beim Kaffee in der Zeitung zu lesen, als demselben mit so großen Opfern an Zeit und saurem Schweiß an Ort und Stelle beizuhören.

So viel über die äußere Physiognomie der Verhandlungen, welche ja die halbe Welt in Aufregung versetzen!...

Ein Umstand wird alle anderen Zuschauer wohl in gleichem Maße befremdet haben, wie das bei uns der Fall war, und das ist der sonderbare Eindruck, welchen die Sprache des Angeklagten, wie die des Grafen von Wesdehnen vor dem Richterstuhl hinterließ. Seltens gelang es den beiden Herren für das, was sie sagen wollten, den korrekten Ausdruck zu finden, sie sprachen leise, unverständlich und verbesserten sich sehr oft. Graf von Wesdehnen schien überdies ein schlechtes Gedächtnis zu haben. Seine Zeugenaussage war schwankend und zuweilen mußte Graf Arnim seinem Gedächtnis zu Hilfe kommen. Der Botschafter erinnerte sich dann nachträglich noch an Dinge, die ihm vorher nicht beizkommen waren; kurz die beiden Vertreter unserer Nation führten die Sprache von schwäbischen Diplomaten der alten Schule, aber keineswegs die, welche ein Franklin seiner Zeit geführt haben möchte. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß heute eine Zeit angebrochen ist, in welcher das Wort gilt: Ehrlichkeit ist die beste Politik. Wer sein gutes Recht vertreten will, bedarf keiner diplomatischen Künste, sondern sagt klar und einfach, was zu sagen ist. Es wäre recht gut für das deutsche Reich, wenn wir in Rom und Paris Vertreter hätten, welche selten und wenig sprechen, die jedoch, wenn sie den Mund austun, eine männliche und energische Sprache führen.

## Der Vorübergang der Venus vor der Sonne am 9. Dezember 1874.

Telegramme über die Resultate der Beobachtungen des Venusdurchgangs, liegen aus Indien, Sibirien und Japan, wo das Phänomen während seiner ganzen Dauer, und aus Ägypten, der Moldau und Siebenbürgen, wo dasselbe kurz vor seinem Ende beobachtet werden konnte, vor. Fast überall hat ein klarer, wolkenloser Himmel die Beobachtungen bestätigt. Nur in Madras, Wladiwostok und Nagasaki wurden dieselben durch Wolken ganz oder teilweise unmöglich gemacht. Wie die zahlreichen photographischen Aufnahmen sollen an den meisten Orten sehr gut gelungen sein. Von unseren deutschen Expeditionen ist wohl so bald noch keine Nachricht zu erwarten, daß die selben so größtenteils mehr oder minder unwirksame Inseln zu ihren Beobachtungspunkten gewählt haben. Es wird überhaupt bei der großen Anzahl der nördlichen Vergleichungen und dem Umfang der Berechnungen eine geraume Zeit vergehen, ehe die wichtigeren Ergebnisse der Beobachtungen vom 9. Dezember der Wissenschaft und dem Publikum zugänglich sein werden. Die größte Wichtigkeit unter den erwarteten Resultaten beansprucht, wie bekannt, die Bestimmung der Parallaxe der Sonne, zu deren Berechnung die Zeitdifferenz vier Beobachtungen mit der größten Genauigkeit bestimmt werden. Es gibt zwar noch drei andere Methoden, die Entfernung der So-

## Moskenmarkt Nr. 3.

Die „Volkszeitung“ bringt folgende hübsche Schilderung der Verhandlungen gegen Arnim:

Herr v. Holzendorff hat den dummschen Streich seines Lebens begangen, sagt ein Journalist an unserer Seite, der in politischen Dingen das Gras wachsen sieht.

„Womit?“

Nun damit, daß er die Mitvertheidigung des Grafen Arnim übernahm, erklärt unser Begleiter und blinzelt lustig mit den Augen.

„Wie könnte das ihm schaden?“

Die Sache liegt doch so klar. Sobald der Justizminister Dr. Leonhard in den Ruhestand versetzt wird, tritt Prof. Dr. Gneist an seine Stelle und dem Justizminister Dr. Gneist wäre Dr. v. Holzendorff gefolgt, wenn er sich nicht mit der Affaire Arnim befaßt hätte. Diese Vertheidigung kostet ihm das Portefeuille.“

Uns blieb keine Zeit übrig, dem Seherauge des Zukunftspolitikers eine Reverenz zu machen, dessen Schärfschlag das Portefeuille des Justizministers bereits in der dritten Hand saß, denn das Gemüth, welches vor dem alten nicht gerade sehr einladend aufzuhenden Gerichtsgebäude des Molenmarktes herrschte, umgab uns bereits. Droschen, strohe Karosse und Wieshwagen durchbrachen die Menschenstoch, welche sich der Eingangspforte zwölften. Hastig stürmten die Reutergierigen die breite Treppe hinauf und prallten an der engen Thüre des ersten Zimmers zurück, denn vor dem Sitzungssaale des Stadtgerichts stand ein Beamter, der mit den Worten: „Ihre Karte, mein Herr!“ jeden zurückwuchtete, welcher sich nicht

Zeuge: Höchstens indirekt. Als Graf Arnim noch Botschafter war, sprach er einmal davon, eine Zeitung zu kaufen oder durch seine Freunde kaufen zu lassen; später, als er zur Disposition gestellt war, kam er eingehender auf den Plan zurück. Es hatte ihn jemand auf die Idee gebracht, das "Berliner Tageblatt" zu erwerben oder in Beziehungen zu dem Blatte zu treten; ich habe diese Pläne aber als illusorisch gehalten und in dem letzten Briefe schrieb er mir, er wisse sich die Sache gar nicht recht vorstellen, was das Projekt der Zeitung betrifft. Ich antwortete in Folge dessen gar nicht mehr, denn es wollte mir scheinen, als würde von dem Zeitungsprojekt immer nur gesprochen, um mich bei gutem Humor zu erhalten. Der Graf schien zu glauben, daß ich unter seiner Leitung oder Inspiration hier in Berlin eine Zeitung herausgeben wolle, und da er wohlwollend gegen mich war, bat er, vorgegriegelt wäre zuviel gesagt, von diesen Plänen gesprochen, ohne ernstlich daran zu denken.

Bräf.: Also von dem Anfang des heutigen "Tageblattes" war die Rede?

Zeuge: Jawohl, im Juni d. J. wurde der Plan zwischen uns diskutirt. Der Graf bedauerte, daß es in Berlin kein Weltblatt gäbe und wünschte ein solches zu begründen.

Der Staatsanwalt wünscht zu wissen, was der Zeuge in Paris mit mehreren nicht näher bezeichneten Personen in dieser Sache soufferte.

Zeuge verweist auf das beständige Protokoll der Voruntersuchung und sagt hinzu: Kurz bevor die Gerichts-Kommission nach Paris ging, fand eines Abends in Berlin zu mir ein Herr, der sich Ernst nannte, was ich sofort für ein Pseudonym hielt. Er legitimirte sich bei mir als Abgesandter der Familie Arnim durch einen Graf Hennig v. Arnim-Schlägen hin unterzeichneten Brief, dessen Inhalt darin gesetzte, daß Überbringer unbedingtes Vertrauen verdiente und genau informiert sei. Er wollte von mir erfahren, wie ich eventl. aus sagen resp. mich benehmen würde, wenn ich als Zeuge vorgeladen würde. Ich habe keine Ursache, ihm gegenüber mit meiner Meinung zurückzuhalten, ebenso wie ich auch anderen Leuten gegenüber kein Hehl daraus mache, wie ich aussehen würde. Ich sagte, ich würde mich dem Gerichte ganz zur Verfügung stellen, aber ich sagte auch schon damals, daß ich über die Publikationen in der "Presse" jede Auskunft verweigere.

Der Staatsanwalt will die Frage der Bereidigung des Zeugen bis morgen vertagen, damit sich dieselbe befinden könne.

Bertheider Döckhorn: Die Presse hat das publizirt, was ihr Herr Landsberg mitteilte, und was ihr davon beliebt; was sie nicht publizieren will, unterläßt sie. (Heiterkeit).

Der Gerichtshof verfügt, von der Einholung der verweigerten Aussage als unerheblich abzusehen, und mit der Bereidigung des Zeugen wird die Sitzung geschlossen.

In unserem Bericht über die erste Sitzung war übereinstimmend mit anderer Zeitungsberichten Rechtsanwalt Döckhorn als Derjenige bezeichnet, welcher dem Staatsanwalt Loeffendorf in einer scharfen Kritik, wobei das Gebiet des Persönlichen berührt wurde, geantwortet hatte, daß er an die öffentliche Meinung appelliren würde, wenn das Richterlosigkeit nicht im Stande sei die Vertheidigung gegen die Angriffe des Staatsanwalts zu schützen. Aus dem unterdessen eingegangenen stenographischen Bericht, der unter Mitwirkung der Herren Mündel und Döckhorn herausgegeben wird, ersiehten wir, daß nicht Döckhorn, sondern Mündel der Redner war. Hierauf wird auch die folgende Stelle verständlich: „Die Herren im Kollegium, welche seit 12 Jahren mich in meiner juristischen Praxis kennen, werden mir gern bezeugen, daß ich nicht leicht mich auf Persönlichkeiten einlaß.“

## Deutscher Reichstag.

### 28. Sitzung.

Berlin, 11. Dezember, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Prof. Bismarck, Delbrück, v. Ramek, General-Major v. Voigts-Rhey, Oberst Fries u. A. Nachdem der Gesetzentwurf für Einfahrtserlaubnissen betreffend die Stempelpflichtigkeit der Rechnungen und Quittungen in

dritter Beratung genehmigt ist, tritt das Haus in die zweite Beratung des Etats der Verwaltung des Reichsheeres für 1875 auf Grund der mündlichen Berichte der Budgetkommission ein. Dieser Etat setzt sich zusammen aus den Spezial-Etats für das königlich preußische Bundes-Militär-Kontingent und die in die preußische Verwaltung übernommenen Kontingente anderer Bundesstaaten, für das königlich sächsische und das königlich württembergische Reichs-Militär-Kontingent. Die Einnahmen betragen pro 1875: 853.092, die dauernden Ausgaben 271.925.844 Mark (39.571.674 Mark mehr als im Jahre 1874), die einmaligen 6.882.501 Mark (5.091.264 Mark mehr als im Jahre 1874).

Titel I. (Kriegsministerium) gibt dem Ref. Abg. Dr. Wehrenpfennig Gelegenheit, die Anträge der Budgetkommission und ihre Thätigkeit im Ganzen zu charakterisiren: Die Anträge sind theils finanzieller Natur, theils beziehen sie sich auf die Gestaltung und Umformung des Etats für die nächsten Jahre. Auf der ersten Kategorie sind hervorzuheben die Ableistungen von 337.500 Mark, eine Forderung, um den aus ihrer Garnison austretenden Offizieren die volle Kommandozulage zu geben; ferner 100.500 Mark, welche als Mehrausgabe für die Offiziere in besonderer Stellung gefordert werden; dann eine Ersparnis von 109.000 Mark für die Bekleidung der Armee wegen der gesunkenen Tuchpreise; in dem Extraordinarium sind gestrichen für einen Kasernenbau in Strassburg 319.000 Mark; endlich schlagen wir vor die Rücknahme für verkaufte alte Waffen und Geschütze um  $\frac{1}{2}$  Million Mark zu erhöhen. Die Summe dieser finanziellen Abänderungs-Vorschläge beläuft sich auf 1.367.00 Mark. Daraus kommt nun noch, daß eine Anzahl von außerordentlichen Ausgaben für Kasernenbauten, für Erwerbung von Übung- und Schießplätzen im Gesamtbetrag von 2.295.000 Mark aus dem Militäretat entfernt und auf den 13 Millionenfonds geworfen werden sollen, der von Seiten des norddeutschen Bundes für solche Bauten reservirt ist. Der finanzielle Effekt dieser Vorschläge besteht darin, daß die Matrularbeiträge um 3.662.000 Mark erleichtert werden. Man kann nun fragen, ob diese Abstrichen, die im Verhältniß zum Gesamtbetrag des Etats sich in engen Grenzen halten, in der Natur der Sache liegen, oder aus der Art der diesjährigen Beratung folgen. Es ist allerdings richtig, daß wir in diesem Jahre genügt haben, die Beratung des Militäretats möglichst zu beschleunigen, weil wir wünschten, daß die Ausgaben des Reiches für 1875 vom 1. Januar ab auf gerechter Grundlage gemacht werden könnten. Die Budget-Kommission hat tatsächlich langdauernde und anstrengende Sitzungen gehalten und man wird ihr keinen Vorwurf machen können. Dann ist es richtig, daß zum ersten Male seit der Errichtung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches eine speziellere Beratung des Militäretats stattfand. Es gehört eine mehrjährige ununterbrochene Beratung dazu, um auch bei dem größten Bemühen überall in alle Ecken eines solchen Etats hineinzulehnen zu können. Wenn der Militäretat an vielen Unvollkommenheiten in der Form leidet, so ist der Militärverwaltung daraus kaum ein Vorwurf zu machen; sie hat den Etat eben so aufgestellt, wie er dem preußischen Landtag immer vorgelegt worden ist. Über die Entwicklung der Aufstellung in anderen Rechtsformen ist hier noch nicht nachgeholt worden. Der Titel 20, der eine Summe von 92 Millionen Mark enthält, ergibt sich belanglos daraus, daß die Gesamtlosen jenes einzelnen Regiments aufgestellt und zusammenaddirt werden. Jedenfalls wird dieser Titel in den nächsten Jahren eine ganz andere Spezialisierung erfahren müssen. Allein auch diese unvollständige Aufstellung hat uns nicht behindert, materiell eine vollständige Prüfung einzutreten zu lassen, denn es wurden uns die Friedensvertragsetats der einzelnen Armeecorps vorgelegt, in denen die einzelnen Summen spezifizirt sind, wie ich denn im Namen der ganzen Kommission aussprechen zu können glaube, daß die Militärverwaltung und ihre Kommissare in jeder Weise bemüht waren, uns alles Material zur Verfügung zu stellen, dessen wir bedurften. Die geringe Summe der finanziellen Anträge ist also lediglich in der Natur der Sache begründet. Durch das Reichsmilitärgesetz ist der Etatberatung eine feste Grundlage gegeben und dadurch sind für eine ganze Reihe von Jahren große prinzipielle Fragen ausgeschlossen, bei denen Millionen in Betracht kommen. Es ist von allen Seiten anerkannt worden, daß die Militärverwaltung sich in den Ausgaben eine Selbstbeschränkung auferlegt

hat, die uns hinderte, größere Abstreicherungen vorzunehmen. Die erste Beratung des Etats hat gezeigt, daß je mehr wir von Jahr zu Jahr uns spezieller mit dem Militäretat beschäftigen, desto mehr verleihe ich seiner besonderen Stellung heraus, so daß wir schließlich über ihn ebenso wie über den Civiletat in vollständiger Ruhe und ohne Leidenschaft berathen können, und ich meine, daß das zum Heile des Ganzen dient.

Zum Titel 1 des preußischen Spezialetats ist von der Kommission ein Antrag nicht gestellt worden, aber folgender Punkt zur Erwähnung gekommen. Es sind nämlich die Gehälter der Ministerialdirektoren nach den Chargen festgesetzt, welche die betreffenden Offiziere bekleiden. Es wurde dafür geltend gemacht, daß die Offiziere im Kriegsministerium nicht eigentlich Verwaltungsbeamte sind, sondern aus der Armee in das Ministerium kommandiert und wieder in die Armee zurücktreten. Materiel wurde diese Verbindung für durchaus zweckmäßig erkannt; es erstand nur die Frage ob damit eine wirkliche Etatsaufstellung möglich sei, möglich sei es, daß ein in solcher Stellung befindet Offizier avancire, und damit würde dann sofort eine Veränderung der Etatposition eintreten. Zur Erläuterung wurde mitgetheilt, daß die Etatposition Maximalpositionen seien, welche unter keiner Bedingung überschritten werden können, in denen im Gegentheil nur Erfahrungen gemacht werden können, wenn die betreffenden Beamten noch nicht das vorgenommene Gehalt beziehen.

Abg. Richter (Hagen): Gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen, um den Standpunkt meiner politischen Freunde gegenüber der diesjährigen Beratung des Militäretats klar zu stellen. Der Herr Referent hat betont, auch wir hätten die Anerkennung ausgesprochen, daß die Militärverwaltung sich bei Bewilligung der Ausgaben eine Selbstbeschränkung auferlegt habe. Eine solche allgemeine Anerkennung ist von uns in keiner Weise ausgesprochen worden; dies findet auch schon darin statt, daß seine Widerlegung, daß wir eine große Anzahl von Anträgen auf Ableistung gestellt haben, die jedoch die Mehrheit in der Kommission zum großen Theil nicht erlangten. Wir haben allerdings gelegentlich bemerkt, daß sich aus dem im Frühjahr angenommenen Militärgesetz noch Neuforderungen entwickeln ließen, die uns wegen der daraus entstehenden Mehrbelastung des Landes für die Zukunft befürchtet machen. Mr. H., wir sind ohne Illusionen in diese Beratungen eingetreten, wir haben schon im Frühjahr hervorgehoben, daß nach Bewilligung des Präsenzstandes für die Kritik des Militäretats ein selbständiger Faktor kaum noch vorhanden ist. Es ist dies auch damals von Seiten des Herrn Abg. Laske ausgesprochen worden. Die Stütze, die derzeit damals von der künftigen Budgetberatung gab, wie sie sich nach Annahme des Präsenzstandes herausstellen würde, hat sich durch den Verlauf unserer Beratung dermaßen bewährt, daß ich mir gestatten möchte, meine eigenen Ansichten in seine damaligen Worte einzuleiten. Herr Laske sagte damals:

"In der Mann einmal vorhanden, so muß man ihn erhalten, man muß ihm die Gebäude bauen, die zu seiner Unterbringung notwendig sind, und was man Materialien, Extraordinarien nennt, ergibt sich als ganz gewöhnliche Konsequenz, wie denn auch niemals eine lange Diskussion über diejenigen Posten einzutreten pflegt, welche die größte Zahl von Millionen in sich schließen, nämlich für die Erhaltung der Truppen, die Anschaffung der Stoß- und Nahrungsmittel, bei denen weit besser Handwerker und Kaufleute als Sachverständige berufen werden, um mitzuheilen, wie thuer wohl die Preise für die nächste Zeit zu schätzen sind. Die Extraordinarien bestehen in den Ausgaben für Wassergärten, Festungs- und Kasernenbau und sind noch weniger einer Kritik zugänglich als was ich vorhin genannt habe. Ist einmal anerkannt, daß eine Waffe besser als diejenige ist, die wir besitzen, so spielen Millionen keine Rolle. Wenn also der wirkliche und wahre Kern des Budgetrechts in der Frage liegt, wie viele Mannschaften und wie lange sie bei der Fahne gehalten werden, so glaube ich, daß viel schlimmer als vollständig absolute Herrschaft die ist, wenn Sie den Reichstag auf eine Kritik der Posten beschränken, welche loyaler Weise nicht gut beanstandet werden können und bei denen wir mehr oder weniger die Kalkulatoren oder die Rechnungskontrolleure zu spielen bestimmt sind."

Mr. H., allerdings ist gegen die ursprüngliche Vorlage in Bezug auf die persönlichen Ausgaben der Kritik insoweit ein etwas weiterer

Vorübergang von 1761 sollte von dem französischen Astronomen Bingu auf der Insel Noorique, von Legentil in Poudichery und ferner noch von einem Engländer Dr. Mackelvay beobachtet werden. Der erste traf schlechtes Wetter, der zweite bedauerte, durch politische Unruhen aus Poudichery vertrieben, auf einem schwulen Schiff keine Beobachtungen anstellen zu können, und der dritte verunglückte ebenfalls mit seiner Absicht. Erst das Jahr 1769 brachte eine genaue Beobachtung, aus deren Resultaten Ende dann die Entfernung der Sonne auf 20.682.329 geographische Meilen berechnete. Schon damals wurde von dem Optiker Eversch in Elbing eine Zeichnung des Phänomens aufgenommen und in Kupfer gestochen. Der nächste Vorübergang am 6. Dezember 1882 gegen 2½ Uhr Nachmittags wird glücklicherweise in ganz Deutschland, falls nicht das Wetter Schwierigkeiten machen sollte, sichtbar sein und die Entsendung von Expeditionen nach fernern Ländern also unnötig machen.

Zur Vorstufe des Beobachtungsganges fand am 8. d. in Berlin eine "Gelehrtenfeier" statt, woüber die "Voss. Blg." folgendes berichtet:

Es bedurste wohl der ganzen ungeheuren Wichtigkeit eines sälligen Phänomens, wie das des Venusdurchgangs, um eine so hochtechnische Versammlung zu vereinigen, wie sich am Abend des Dienstag, den 8. Dezember, wenige Stunden vor dem Eintritt des astronomischen Ereignisses unseres Jahrhunderts in dem Saale des Reichsrats zur Reichspost zu einer Feier, verbunden mit Festessen, zusammenfand. Professor Förster, der Direktor unserer Sternwarte, Professor Weierstraß, Lexius, der Reichstag-Abgeordnete v. Fries, der Herausgeber der Werke Keplers, Birchmann, Julius Schatz von Alten, v. Richthofen, der Hydrograph Professor Neumayer, der unermüdlich das Arrangement der Feier besorgt hatte, Professor Bastian, Spörer, einer der größten Kenner und Beobachter des Sonnenoberflächen, Dr. Hartack; fast das ganze geodätische Bureau, die preußische Landestriangulation; Director Engel, der Statistiker, Director Becker vom statistischen Bureau; eine Anzahl von Künstlern; Gebrüder Spangenberg, Tschendorf und Grunert; fast alle Afrikareisenden, außer den schon Gewannten, Schweinfurt, Hildbrand, Aschersohn und an der Schwelle des Abschiedes Ulrich v. Hörner, unser großer Denithologe; von der Marine die Korvettenkapitäne Dittmar und Jung, die Kapit. Lieutenant Stempel und Butterlin, die Geh. Admiralsäste Wandel und Henrici; dann v. Kloodt, Dr. Nunge, Dr. Bentler, Prof. Treitschke; Raum möglichst ist es, Alle zu nennen, die dort waren und mit vollem Recht zu unseren Freunden zu rechnen sind. Zu der Freude, daß sie Alle erschienen, gesellte sich das Bedauern, daß Männer wie Dove, Stephan, Friedel und noch viele Andere leider am Erscheinen verhindert waren.

Der hohen Wichtigkeit des Venusdurchgangs wurden bei Tafel manch tiefergestes gewidmet sowohl, als auch manch geistreich sprudelndes humoristisches Wort gewidmet. Förster, welcher den Präsidentenstuhl einnahm, erhob sich zuerst: "Die uraltre fromme chinesische Sitz, vor Sonnen- und Mondsternsinnen gewisse fromme Gebräuche zu beobachten, und dadurch die Schrecken jener Ereignisse zu mildern, hat sich bis in unsere Tage, wie wir heute hier sehen, erhalten, sie besteht, wenn wir so sagen wollen, heute für uns in der Darbringung von Trankopfern an die Unsterblichen, damit sie unseren Landsleuten, welche die Venus bei ihrem Durchgang absangen wollen, sich gnädig erweise. Infofern ist sie für uns eine echt patriotische Handlung, aber auch sonst können wir unserer Freunde heute als eine ehrliche nationale Freude feiern, denn Deutschland ist zum ersten Male, allen Nationen vollkommen ebenbürtig, als eine tellurische Macht aufzutreten, welche mitarbeitet an den erdmumspannenden Aufgaben der Wissenschaft und auch die Marine hat zum ersten Male eine rein wissenschaftliche Expedition unternommen und ist sich bewußt geworden, daß sie die Sicherheit auf See nicht bloß mit den Waffen, sondern auch mit den Wissenschaften zu wahren hat. Alle haben die Wissenschaft unterstützt, die Behörden, das Reich, der Kaiser, und wenn wir den Dank, den wir heute empfinden, in ein Wort zusam-

menfassen, so gilt er dem Kaiser Wilhelm, dem wir unser erstes Glas weihen!

Der Präsident der geographischen Gesellschaft v. Richthofen nahm darauf das Wort: "Der Venusdurchgang ist heute noch nicht erloschen, er hat noch seine Oberpriester, Tempel (Sternwarten) und seine Götter, wovon diese Versammlung Zeugnis ablegt. Mein Toast gilt den Vertretern der Königl. Akademie der Wissenschaften, welche noch zuletzt die Expedition zur Beobachtung des Venusdurchgangs nach Egypten ausgeführt hat."

Prof. Weierstraß erinnerte an ein rührendes Wort, welches der 85jährige Alexander v. Humboldt im Jahre 1854 sprach, als er sagte: "Nach zwanzig Jahren werde ich schon dafür sorgen, daß der Venusdurchgang genau beobachtet wird. Humboldt konnte und durfte die Jahre vergessen, die bereits auf seinem Hause lagen, denn er wußte, daß die Akademie für ihn eintreten würde. Und dies hat sie denn auch jetzt gethan, indem sie sogar eines ihrer Mitglieder, auf dessen Wohl wir trinken wollen, entendet hat."

Der Hydrograph Prof. Neumayer gedachte in warmempfundenen Worten der fernweilenden Expeditionsmitglieder, deren jahrelange Anstrengungen in wenigen Stunden durch Erfolg oder Misserfolg gefrönt sein können und mit denen wir als Freunde jetzt doppelt fühlen, wie wichtig der Moment ist. Den Einen müssen wir uns in sibirischer Kälte denken, in Belp gehüllt, kaum im Stande, die Messtheile seines Instrumentes anzuhaften, der Andere in der Gluthhitze des tropischen Himmels, die Libellen bewahrend und Platten bewahrend. Aber unter intensivster Wunsch gilt jenen Männern auf den Bergzügen und den Auflands-Inseln, diesen ewig mit Wolken bedeckten tropischen Inseln, diesen ewig mit den folgenden Gläsern uns die Gunst des Himmels nur für 3 Stunden unsern braven Männern da draußen eine klare Sonne leuchten zu lassen."

Prof. Bastian machte darauf der Versammlung die Mittheilung von der eben angekündigten Nachricht, daß Dr. Nachigal, der schon fast Verlorene, nach jahrelanger Abwesenheit wieder in Kairo angelangt sei, und es wurde ihm folgende Depeche übertragen: "Freunde und Freunde der Natur, den Venusdurchgang feiernd, senden herzliches Willkommen dem sieggekrönten Reisenden."

Es kam nun auch der Humor zur Geltung. An der Längswand des Saales waren fünf Schilder festgesetzt, welche das astronomische Ereignis in gezielen, vom Baumeister Grunert in wenigen Stunden hergestellten Zeichnungen illustrierten. Auf der ersten betritt eine weibliche Person ein himmlisches Wirthshaus, welches das Schild "Für Sonne" führt, im Mittelbilde sehen wir sie als Venus vulgivaga mittin der Sonne schwelen und auf dem letzten tritt sie, der Sonne ein Schnippchen schlagend, wieder ins Freie. Darwischen steht ein Bild die gelungenen Gestalten zweier langbeiniger spindeldürren Engländer, welche übereinander hockend auf den Sandwich-Inseln die Venus beobachten; ein zweites stellt Isphahan vor, die photographische Station, links den Schah von Persien, rechts einen bekannten Efendi-Photograph. Leider sind einige andere Schilder nicht fertig geworden. An der Querwand des Saales wurden zwei, in den ersten Stunden der Feier sorgfältig bedekte Bilder durch Major Müller entblößt: Von unbekannter Meisterhand gemalt produzierte sich unter dem Vortrage eines humoristischen Gedichtes, welches von gleichfalls unbekanntem Verfasser Dr. v. Tschendorf übergeben war, das Bild der Venus, welche als "Schwarze" weil "Afrika ist Mode" vor der großen Sonnenwelle durchzog. Ihre Linke hält eine Reisetasche, in der sie ihre Kleidung und Juwelen trägt, mit der Rechten hebt sie einen Schirm und sichert sich gegen einen zudringlichen Kometen. Gedicht und Bilder wurden mit großem Beifall aufgenommen und gaben zu mancherlei heiteren Kommentaren Veranlassung, welche einen großen Theil der Versammlung bis zum frühen Morgen befasst.

Spielraum übrig geblieben, als man damals eine dem Militärgesetz angehängte Tabelle, die auch alle nichtregimentirten Offiziere und Beamtenstellen nachwies, von diesem Gesetz trennte, also der Staatsberathung vorbehielt. Der Verlauf der letzteren hat uns aber dargethan, daß jene Ablehnung der Tabelle bei der Majorität nur eine formale Bedeutung gehabt hat. Alle neuen Stellen, welche die Militärverwaltung aus jener Tabelle in den Etat pro 1875 übernommen hat, sind von der Majorität bewilligt worden mit Ausnahme derjenigen Stellen zum Titel 21, für welche besondere Funktionen nicht angemeldet waren und die man forderte für unvorhergesehene Bedürfnisse. Wir haben verschiedentlich versucht, einzelne dieser neuen Stellen abzusehen, wir haben aber einen Erfolg damit nicht erlangt. Allerdings hat man für viele dieser Stellen, namentlich für diejenigen außerordentlichen Offiziere Funktionen in Friedenszeiten kaum nachzuweisen vermocht. Man hat sich dann auf die allgemeine Bemerkung gestützt, daß für den Krieg mehr Offiziere vorhanden sein müßten. Nun, wenn wir uns auf diese Basis stellen, schon im Frieden, ohne daß die Friedensverhältnisse eine ausreichende Beschäftigung geben, soviel Offiziere, namentlich höhere, zu bewilligen, als der Krieg erfordert, dann hat die Bemessung des Offizieretats für die Zukunft kaum mehr eine Grenze, dann wird uns aber auch die Grundlage unseres Heeresystems allmälig mehr und mehr entzückt werden. Ist doch in der Kommission schon von Seiten der Regierung die Mehrforderung an höheren Offizieren auch damit zu begründen versucht worden, daß ja in Russland und Frankreich viel mehr Generale und Stabsoffiziere auf dieselbe Zahl von Mannschaften entfielen. Wenn dergestalt also der neue Ministerrat eine Vermehrung des Offizieretats, namentlich in den höheren Stellen um etwa 150 Köpfe erhält, so lag es für uns nahe, zu untersuchen, ob nicht eine Verminderung bereits vorhanden, eine Einziehung überflüssiger Stellen wünschlich sei. Wir waren in dieser Beziehung zunächst die Stellen der Kommandanten von offenen Plätzen und der Gouverneure in Festungen in Betracht. Es wurde auch hier in der Hauptfache gegeben, daß im Frieden für viele dieser Herren sehr wenig zu thun sei, daß es aber für den Krieg wünschenswerth erscheine, eine Anzahl derartiger Stellen zu haben. So sind wir denn auch hier in der Hauptfache nur bis in jener Resolution gelangt, welche die Regierung auffordert, auf die Verminderung dieser Stellen Bedacht zu nehmen. Im Übrigen hat sich die Majorität in Bezug auf die Einziehung vorhandener Stellen auf den Vorschlag beschränkt, 6 Offiziere des Garde-du-Corps Regiments in der Rubrik „fürstig wegfallend“ zu legen. Auch diesem schüchternen Versuch der Regierung überflüssiger Stellen wurde von Seite der Regierung ein Widerstand entgegengesetzt, als es in jedem dieser überzähligen Rittmeister die Grundlage unseres Heerführers verändert würde. Allerdings hat die Majorität, indem sie diese Stellen weitläufig, sich insofern mit sich selbst in Widerspruch gesetzt, als sie die bekannten Stellen des ausgestopften Hauptmanns und des ausgestopften Rittmeisters befreien läßt. Wenn die Majorität im Plenum diese Dissonanz wieder in Harmonie auflösen und den Besluß der Absezung der 6 Rittmeisterstellen wieder rückgängig machen sollte, so haben wir allerdings auch keine Beratung, auf die Absezung der beiden Stellen jenes Hauptmanns und Rittmeisters zu dringen, denn dann gehören auch diese Figuren zum Ganzen. Wir sind der Meinung, daß sie sogar jetzt als Zeichen der Zeit eine gewisse selbständige Berechtigung haben, in unserem Etat stehen zu bleiben. Was die sächsischen Ausgaben betrifft, so wären wir vielleicht zu größeren Abstrichen gelangt, wenn man den Damals von dem Abg. Lasker gegebenen Fingergang benutzt und mehr Kaufleute in die Kommission gewählt hätte, die sich auf die Bemessung der Preise verstehen. Wir müssen anerkennen, daß von nationalliberaler Seite eine ebenso scharfe wie eingehende Kritik gegen die Höhe der Tuchpreise gerichtet worden ist. Wir erkennen dies um so lieber an, als dies der einzige Punkt gewesen ist, in dem von dieser Seite eine Initiative zur Kritik ergriffen wurde. Indessen, obwohl sich diese Beratungen durch zwei Sitzungen hindurchzogen, ist der Preis der Aufzehrung doch nicht mehr als 100,000 Mark Absezung gewesen. Wir haben dann versucht, bei verschiedenen sachlichen Positionen Absezungen zu beantragen mit Rücksicht auf das stadtgefundene Metabolissement, welches ein Minder in den Unterhaltungskosten gestattet; wir sind aber bei der Majorität dabei gescheitert, da man uns entgegenhielt, daß die Regierung die Verantwortung trage für die ausreichende Unterhaltung der Geräthe und Versorgung der Truppen und daß man ihr in diesen technischen Fragen das meiste Verständnis zutrauen müsse. So ist denn die lange Liste von Anträgen, die wir in der Kommission gestellt haben, auf die ihnen vorliegende Liste zusammengezurumpft und manche der Anträge lassen ja schon in der Form erkennen, wo und wie ihnen die Spitze abgebrochen ist. Ich glaube, daß die Lektüre der Anträge dieser Kommission auch auf das konservativistische Gemüth nicht aufregender wirkt, als etwa die Lektüre von Bemerkungen der Oberredungskammer. Wir haben einen Einnahmeposten eingestellt, weil er in dieses Jahr und nicht in das folgende gehört und einen Ausgabeposten abgelegt, weil es sich auf die Vergangenheit bezo. Es hat sich im Großen und Ganzen bestätigt, daß die Kommission mehr oder minder auf die Rolle beschränkt gewesen ist, „den Kalkulator und den Rechnungskontrolleur zu spielen.“

Auch in formeller Beziehung hat die Prüfung eine vollständige nicht sein können; es hat sich, wie der Herr Referent bestätigt hat, bewährt, was ich bei der ersten Sitzung geltend machte, daß der Etat vollständig nicht zu verstehen und vollständig auch nicht zu prüfen sei. Man hat nur allerdings uns die Verpflichtungsetat überreicht; wir könnten dieselben aber nicht zur Grundlage der Beratung und Etatfeststellung machen. Wenn wir daher bei Titel 20 zu einigen Abstrichen und Neuforderungen gelangt sind, so war es uns doch nicht möglich, diese Abstriche in eine Form zu kleiden, die sie für die Rechnungskontrolle willkürlich machen würden uns in Beziehung auf die Perspektivierung dieser Abstriche einzigt und allein auf die Vorläufigkeit der Regierung verlassen. Gleichwohl muß ich mit dem Herrn Referenten das anerkennen, daß die Regierung sich bereit erklärt hat, für die Zukunft die Etataufstellung anders zu gestalten und den in der Kommission geäußerten Wünschen entgegenzukommen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung haben wir davon Abstand genommen, den Etat in formeller Beziehung schon in dieser Session vollständiger und klarer zu gestalten. Die formell richtige Etataufstellung hat für uns allerdings ihren selbständigen Werth, da ohne sie eine ordentliche Buchführung — die erste Voraussetzung einer sparsamen Wirtschaft — nicht möglich ist.

Ich resümire mich dahin: so wenig praktische, greifbare Früchte wir auch von dieser Etatsberatung davongebracht haben, so hat dieselbe doch insofern ihren Werth gehabt, als damit seit 9 Jahren überhaupt wieder einer etatlichen Beratung beruhend worden ist. Die Unterbrechung dieser Beratung hat auf das Verständnis militärischer Einrichtungen und damit auch auf die Behandlung militär-politischer Fragen sehr nachteilig eingewirkt. Es ist schon für einen Gewinn zu erachten, daß 21 Männer aus den verschiedenen Parteien des Hauses veranlaßt worden sind, den Ministerrat eingehend und Blatt für Blatt anzusehen. Daß die Information, welche wir selbst in der Kommission gewonnen, nicht auch auf das Haus in Form eines schriftlichen Berichts übertragen werden konnte, ist allerdings bedauerlich. In diesem Mangel liegt auch zum Theil der Grund, weshalb wir darauf verzichten, i. g. einen der von uns gestellten und in der Kommission verworfenen Anträge hier zu wiederholen. Wir haben aber auch mit der Stimme zu rechnen, welche die Mehrheit des Reichstages beherrscht. Diese bestimmt uns allerdings am meisten, nicht Anträge zu stellen, die wir von vornherein für auskönnig halten. Die Folge der letzten Jahre haben allerdings die Militärverwaltung nicht so geblendet, daß sie alle Einrichtungen, die zur Zeit der Erfolge vorhanden waren, für unübertraglich erachtet. Es in der Militärverwaltung sehr hoch anzurechnen, daß sie selbst auf die Verbesserung einzelner unvollkommen Einrichtungen bedacht ist. Die hohen Metabolismusrechnungen sind ja davon das beste Zeugnis. Dieselben weisen ja nicht bloß auf Wiederherstellung bestandener, sondern auch auf neue Einrichtungen und die Verbesserung vorhandener hin. Indessen unter denen, die außerhalb der Militärverwaltung stehen, ist der Blick nicht so weit geschärft, daß man vollständig unterscheiden zwischen solchen militärischen Einrichtungen, die wesentlich die Grundlage der militärischen Erfolge gewesen sind und die wir deshalb nicht antasten wollen, auch wenn ihre Aufrechterhaltung finanziell die größten Opfer er-

heische, zwischen solchen Einrichtungen, die zwar sehr kostspielig sind, aber mit diesen Erfolgen auch nicht im entferntesten Zusammenhang stehen und endlich zwischen solchen, die weder militärisch noch ökonomisch zu rechtfertigen sind, sondern die man nur deshalb beibehält, weil sie einmal bestanden. Kommt dazu nun noch die Stellung von Milliardenstimmung, so liegt es zu nahe, daß man sich da, wo militärisch-konservative und ökonomische Interessen einander gegenüberstehen, bei Beratung des Ministerrats auf die militärisch-konservative Seite stellt.

Es ist also nicht etwa Zufriedenheit mit den Anträgen der Kommission, was uns veranlaßt, keine neuen Anträge zu stellen, sondern diejenige Resignation, in der sich eine Minorität ja vielfach zu üben Beratung hat. Es wird uns dies aber nicht erhalten, im nächsten Jahre genau an denselben Stellen die Arbeit wieder aufzunehmen, wo wir sie in diesem Jahre liegen zu lassen gezwungen sind, und wir hoffen, daß mit der wiederholten Beratung dem dadurch erzielten besseren Verständnis des Ministerrats und der zunehmenden Erneuerung in der Stimmung sich mit der Zeit jene unbefangene Kritik auch der Militärverwaltung gegenüber wieder einstellen wird, die allen Verwaltungen gegenüber notwendig ist, wenn nicht die Entwicklung des Reiches eine einheitliche Richtung nehmen soll. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Der Vorredner ist in seiner Selbstverherrlichung so weit gegangen, das Haus darauf aufmerksam zu machen, hauptsächlich von ihm sei die Initiative zu den Anträgen in der Kommission ausgingen. Ich konstatiere, daß er sich bei dieser Position so frühzeitig gemeldet hatte, daß es ganz unmöglich war, einen Antrag früher einzubringen. Ich muß ferner die Behauptung für unwahr erläutern, daß von keiner anderen politischen Fraktion als der feindigen Anträge in der Kommission gestellt worden.

Abg. v. Hoberbeck: Ich bedaure, daß die Doblate diese persönliche Wendung genommen. Es ist ein unlängstes Datum, daß mehr als neun Beihälften sämtlicher Anträge und ein überwiegender Theil der Arbeiten in der Kommission von dem Abg. Richter allein gestellt und gemacht worden sind. Diese Thatache verdient den Dank des Hauses, aber nicht den Vorwurf der Selbstverherrlichung. Das bei dem Abg. Richter in Folge der konsequenter Abschaffung so vieler gut und sachlich begründeter Anträge ein gewisses Gefühl der Bitterkeit zurückgebieben, ist ja natürlich. Ich hoffe, die Majorität wird den Vorwurf des Vorredners nicht billigen. Wenn über diese persönliche Empfindlichkeit, der der Abg. v. Benda Namens seiner Partei Ausdruck gab, die Geschichte längst wird geurtheilt haben, werden die verdienstvollen Arbeiten des Abg. Richter in gerechterer Weise anerkannt und gewürdigt werden. (Beifall links.)

Abg. Windhorst: Mit Erlaubnis des Abg. Lasker will ich nur konstatiren, daß alle diese Abschaffungen so recht kar beweisen, wie nützlich ein schriftlicher Bericht gewesen wäre.

Ref. Dr. Wehrmann: Die Neuerung, deren Nichtigkeit der Abg. Richter anweife, wurde an den Tit. 12 (Gouverneure, Kommandanten) geknüpft. Damals erkannte auch Herr v. Hoberbeck an, daß die Verwaltung sich selbst wesentlich Veränderungen aufgelegt habe, daß große Ablesungen nicht möglich seien, fügte aber hinzu: gleichwohl müsse man zu sparen suchen, wo man kann. Es handelte sich, glaube ich, um eine Mehrforderung für Offiziere in besonderen Stellen. Ob die Majorität der Kommission mit Recht oder mit Unrecht die zu Anträgen abgelehnt hat, läßt sich nicht durch allgemeine Betrachtungen feststellen. Entscheiden Sie daher, ob noch weitere Ablesungen gemacht werden sollen als wir beantragt haben; ich werde aber bei jedem einzelnen Titel die Gründe anführen, welche für die Belehrungen der Kommission entscheidend gewesen sind. Ich werde mich auch verpflichtet halten, solche mythische Figuren, wie den ausgestopften Hauptmann u. dergl. vollkommen klar zu stellen. Was endlich den Ministerrat vom Frühjahr betrifft, so möchte ich Herrn Abg. Richter aufmerksam machen, daß er ungefähr dieselben Ziffern, auf denen dieser Etat beruht, bewilligen wollte.

Die Gehaltsabschaffung um 1500 M. für den sächsischen Kriegsminister hat die Budgetkommission abzulehnen. Der Referent bemerkt darüber: der sächsische Kriegsminister bezahlt schon jetzt 19500 M., der württembergische nur 18.000 M. Eine Verbesserung der Stellung des ersten bis auf 21.000 M. erscheint unter diesen Umständen nicht motiviert. In der Kommission wurde erwähnt, inwiefern die Konvention mit Sachsen (die übrigens dem Reichstag nicht vorgelegt ist), die Sachsen eine besondere Verwaltung garantirt, auch bei dieser Position den Kriegsminister die Mittel garantire oder nicht. In der Kommission wurde diese Frage nicht zum Antrage gebracht und sie soll auch hier nur beiläufig berührt werden.

Sächsischer Bevollmächtigter v. Rositz-Wallroth: Allerdings ist der Gehalt des württembergischen Kriegsministers niedriger als der des sächsischen, aber der württembergische hat außer seinem Gehalt noch Dienstwohnung; der sächsische Kriegsminister als solcher nicht. Er bezahlt außer dem Gehalte von 6500 Thlrn. nur Servis, und wie die Verhältnisse in Dresden sich gegenwärtig gestaltet haben, würde er für diese Plus von 500 Thlrn. und den Servis eine Wohnung, mit welcher sehr bedeutende Stallräumlichkeiten verbunden sein müßten, zu erlangen nicht im Stande sein. Gerade um eine Gleichstellung zwischen beiden Beamten unter Berücksichtigung der östlichen Verhältnisse herbeizuführen, würde sich die Bewilligung der Zulage empfehlen. Thatähnlich ist dem gegenwärtigen sächsischen Kriegsminister eine Wohnung in einem Staatsgebäude eingeräumt. Aber dies Verhältnis beruht auf rein persönlichen Gründen und es steht dennoch die Verpflichtung gegenüber, gewissermaßen in Vertretung des gesamten Staatsministeriums eine öffentliche Repräsentation zu üben. Mit der Stellung des Kriegsministers sieht dies Verhältnis in gar keiner Verbindung und es kann jederzeit gelöst werden. Wenn es sich also um eine Gleichstellung mit dem württembergischen Kriegsminister handelt, so wird diese Zulage nicht zu frechein sein. Sollte dies dennoch geschehen, so ist der sächsische Kriegsminister von allen Beamten, die aus dem Reichsfonds ihre Beilage erhalten, der einzige, welchem die durch Wohnungsgeldzuschüsse beabsichtigte Aufbesserung ver sagt wird. Ich möchte Sie daher ersuchen, den Antrag der Kommission abschließen.

Den Referent kann in dem Umstände, daß der gegenwärtige sächsische Kriegsminister tatsächlich eine Dienstwohnung hat, keinen Grund sehen, ihm eine Zulage, die als Beilage für eine Dienstwohnung dienen soll, zu gewähren, und wird dieselbe gegen die Stimmen der Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten, des Grafen Molte und einiger Mitglieder des Zentrums abgelehnt. Ferner hat die Kommission beantragt, unter Gleichstellung der sächsischen Beamten mit den württembergischen die Gehälter der einzelnen Bureaubeamten durchweg auf den Betrag der bezüglichen württembergischen zu reduzieren.

Dieser Antrag wird genehmigt.

Die Kommission beantragt ferner zu demselben Titel 1 die Regierung aufzufordern, mindestens bei jeder Sitzung außer dem Wohnungsgeldzuschuß auch die Servissklasse und die Fouragelizenzen anzugeben.

Major Blume: Die Resolution geht zunächst in der Annahme aus, als ob die Militärverwaltung bei sämtlichen Stellen in ihrem Etat den Wohnungsgeldzuschuß in besonderen Titeln ebenso mit aufzubringen müsse, wie dies auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bei den Beamten geschieht, das ist jedoch nicht der Fall. Der § 2 des betreffenden Gesetzes vom Jahre 1872 spricht ausdrücklich nur von den Beamten. Die Resolution fordert sodann auf, die Servissklasse bei den einzelnen Stellen anzugeben. Die Servissklasse richtet sich aber nach der Garnison, die den einzelnen Stellenhabern angewiesen wird und sollte daher die Resolution angenommen werden, so könnte das für das jededemalige Etatjahr dem Bestimmungsrecht Sr. Majestät in einer Weise präjudizieren, die gewiß nicht in der Absicht des Hauses liegt. Das endlich, wie die Resolution will, auch die Fouragelizenzen anzugeben werden, könnte zu großen Misverständnissen führen. Die Kommission schlägt an einer andern Stelle vor, die Reichsregierung aufzufordern, die Frage wegen einer Reform des bisherigen Fouragesystems in Erwägung zu ziehen. Wenn sie diese Resolution, welcher die Reichsregierung gern Folge geben wird, annehmen, so wird damit

der wesentliche Zweck des jetzt in Rede stehenden Kommissions-Antrags erreicht sein. Ich bitte daher diesen Antrag abzulehnen.

Abg. Richter: Diese Resolution hat nur eine formelle Bedeutung währnd die vom Vorredner erwähnte spätere Resolution materieller Natur ist. Wenn wir diesen Antrag ablehnen und es bei der gegenwärtigen Form verbleibt, daß die Zuschüsse und besondere Kompetenzen im Etat nicht gleichzeitig mit angegeben werden, so werden wir niemals zu einer klaren Etatübersicht gelangen.

Die Resolution wird hierauf angenommen. Die Kommission beantragt ferner: Den Herrn Reichskanzler zu erlauben, bei Ausarbeitung des nächsten Budgets in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Ausgaben für das sächsische Armee корпус künftig mit den Ausgaben für die preußische Armee corps zusammenzufassen, dagegen diejenigen Ausgaben, welche Einrichtungen und Kompetenzen betreffen, hinsichtlich deren das sächsische Armee corps von dem preußischen abweichen Gegenstand besonderer Titel zu machen sind.

Der Referent: Man kann diesem Antrage leicht eine weit größere Bedeutung beilegen, als er tatsächlich besitzt. Es ist nicht die Absicht dieses Antrages, die besonderen Einrichtungen welche in Sachen bestehen, durch die beantragte Änderung der Form des Etats zwischen zu wollen. Zu diesen besonderen Einrichtungen z. B. das Sachsen seine eigene Militärverwaltung hat. Alle diese besonderen Einrichtungen werden durch diese Resolution gar nicht berührt. Dagegen wird allerdings eine außerordentlich erleichterte Übersicht des Etats herbeigeführt, wenn dem Antrage Folge gegeben wird.

Ein sächsischer Regierungskommissar: Beide Ministerräte, der preußische und der sächsische wurden bisher selbstständig und getrennt aufgestellt und so lange die selbstständige Verwaltung gesetz- und vertragsmäßig besteh, konnte auch nicht anders verfahren werden. Der Antrag der Kommission würde zur Folge haben, aus diesen getrennten Etats ein einheitliches Ganze zu bilden, was zunächst für die gleichartigen Titel und Gegenstände leicht, für die ungleichartigen aber mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Nach Annahme des Etats müßte dann wieder der gemeinschaftliche Etat getrennt werden, da ja die Verwaltung gesetzlich eine gesonderte ist. Diese Unstädte erscheinen wichtig genug, um den Wunsch der Militärverwaltung gerechtfertigt erscheinen zu lassen, diese Resolution abzulehnen.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat über die formelle Tragweite des Antrages bereits gefragt, was sich sagen läßt, und ich glaube, der Reichstag wird daraus die Überzeugung entnehmen, daß eine solche Änderung weit entfernt, die formellen Schwierigkeiten der Etatübersetzung und Beratung zu mildern, die welche eher jedenfalls in dem Stadium der Ministerien erheblich vermehren würde. Ich habe dem in formeller Beziehung nichts hinzuzufügen, sondern nur zu bestätigen, daß ich denselben Eindruck wie der Vorredner habe. In materieller, in politischer Beziehung möchte ich aber noch einige Worte darüber sagen. Der Herr Beraterstatter hat gesagt, es sei nicht die Absicht, die Besonderheiten des sächsischen Kontingents material daran anzutasten, es ist nur die Absicht, sie in näheren und augenfälligeren Vergleich mit den abwährenden preußischen Einrichtungen zu stellen. Ich freue mich über die Neuformung dieser Ansicht, insoweit, als es nicht in der Absicht liegt, diese Besonderheiten anzutasten. Ich glaube, daß dies staatsrechtlich auch große Schwierigkeiten haben würde. Diese Besonderheiten beruhen zum großen Theil auf vertragsmäßigen Abskommen zwischen Sr. Maj. dem Könige von Preußen und Sr. Maj. dem Könige von Sachsen, die der Reichsverfassung vorhergegangen, und es ist doch kaum anzunehmen, daß Sr. Maj. der deutsche Kaiser sich in der Lage fühlen könnte, Befangen zu verhüten, halte ich für eine der wesentlichen Aufgaben der Reichspolitik, gerade wie sie mir, dem Kanzer, und einem in der Reichspolitik vorsichtigen Kanzer obliegen. Es gehören diese Eigentümlichkeiten, die unserem an schematische Regelmaßigkeit gewohnten Auge unangenehm ins Gesicht treten, doch auch auf der anderen Seite wie so manches andere, dessen Nutzen man in dem ersten Augenblick nicht einfiebt, zu dem, was ich die Imponierbarkeiten in dem militärischen Selbststühl nennen möchte. Ich würde den Antrag nicht für plausibel und in seiner Weise für nothwendig halten; denn die sächsische Armee hat ihre Beweise gegeben, wie sehr sie mit den Interessen des Reichs vertraut ist und die Beweise sind in der Geschichte des letzten Krieges verzeichnet, ich brauche sie nicht vorzubringen. Aber ich habe die Überzeugung, ne hat sich zweimal gut geschlagen, einmal in dem G. fühl als deutscher Soldat, das zweite Mal noch, um den sächsischen Farben, die sie getragen, Ehre zu machen. Wenn ich dies als Imponierbarkeiten bezeichne, so wird ein jeder, der Soldat gewesen ist — und das sind die meisten von uns — und der die eigentlich militärische Abhängigkeit, die den Deutschen an seine Farben fesselt, vom Corpsband bis zur Fahne und Uniform, so schwärzen weiß, mir Recht geben, wenn ich Sie bitte, diese Verhältnisse mit Zartheit und Vorsetzung zu behandeln. Ich würde es lieber sehen, wenn auf diesen Antrag verzichtet würde. (Bravo!)

Abg. Wielke bestätigt, daß in der Kommission Niemand daran gedacht hat, irgendwie in die Rechte der selbstständigen Militärverwaltung Sachsen einzugreifen.

Abg. v. Hoberbeck betrachtet die berechtigten Eigentümlichkeiten einzelner Reichsstaaten als eine Art Kinderkrankheit, die mit der inneren Erstarkung des Reichs von selbst schwinden wird und denkt zu gut von unseren sächsischen Bürgern, als daß er glauben sollte, sie würden sich durch die Annahme dieses rein formellen Antrages irgendwie verletzt fühlen.

Da von der Kommission beantragte Resolution wird hierauf mit 141 gegen 139 Stimmen vom Hause angenommen. (Dafür die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei.)

Die Titel 2–10 des Ausgabe-Etats werden ohne Diskussion bestätigt.

Zu Titel 11 liegt folgender Antrag der Budgetkommission vor:

a) Der im preußischen Spezialetat in der Kolonne „Erläuterungen“ unter Nr. 3 aufgenommene Bemerkung nachstehende Fassung zu geben: „Aus den Erfahrungen dieses Titels können Inspekteure der Spezialmappen das Chargengehalt als Generallisten erholten.“

b) Die im württembergischen Spezialetat in der Kolonne „Erläuterungen“ aufgenommene entsprechende Bemerkung zu streichen.

Referent Abg. Wehrmann: Das Avancement sei in der Armee bei den verschiedenen Waffenarten ein verschiedenes, günstiger bei der Kavallerie, ungünstiger bei der Artillerie, wo die Zahl der höheren Chargen eine geringere sei. Um die höheren Artillerieoffiziere hinter denen der anderen Waffen nicht zurückzulassen, werde ihnen eine Entschädigung aus den Ersparrnissen gewährt, welche dadurch erzielt werden, daß man neuernannte Kommandeure von Kavallerieoffizieren noch vorläufig für ihr Gehalt als Obersten vorbeizeichen lasse. Praktisch sei diese Uebung bisher nur in drei Fällen getreten. Die Streichung jener Bemerkung im württembergischen Etat solle die gleiche Praxis auch beim württembergischen Armee corps einführen.

Auf Anregung des Abg. v. Hoberbeck sagt ein württembergischer Kommissar die Uebung dieser Uebung zu.

Die Antrede werden hierauf angenommen.

Abg. Richter: a) Im preußischen Spezialetat (Seite 28 und 49): Für 1 Kommandanten in Altona, Gehalt, Dienstzulage und Büroangeld 10.800 Mark

Referent Abg. Dr. Wehrenpfennig bemerkte, daß in der Kommission anfänglich auch der Antrag vorgelegen habe, die Kommandaturen in Breslau, Frankfurt a. M., Hannover und die Gouverneurstellen in den Festungen Mainz und Kastatt als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, indem die Ansicht ausgesprochen wurde, daß die betreffenden Funktionen ganz gut von dem Besoldungsbeamten der am Orte garnisonirenden Truppen wahrgenommen werden könnten. Die Vertreter der Militärverwaltung traten für die Aufrechterhaltung der Stellen ein im Interesse der Beaufsichtigung der großen an jenen Plätzen bestehenden militärischen Etablissements und wegen der vielfachen Beziehungen zu den Zivilbehörden, welche besser durch einen ständigen Gouverneur als durch wechselnde Truppenbefehlshaber wahrgenommen werden könnten. Die Kommission stellte sich diesen Bemerkungen gegenüber nicht für hinreichend informirt und beschränkte sich deshalb auf die sub b. gedachte Resolution. Dagegen lag es auf der Hand, daß für die kleine Festung Königstein, in welcher nur eine Kompanie liegt, statt des Generalmajors ein Major als Kommandant ausreichend ist. Soweit der Referent privat unterrichtet ist, hat der betreffende Wechsel in der That inzwischen stattgefunden.

Abg. Lucius (Erfurt) hält dieselben Gründe, welche die Budgetkommission zur Ablehnung der übrigen Anträge veranlaßt haben, auch für Altona maßgebend, wo die Nähe Hamburgs die Anwesenheit eines Kommandanten vielleicht wünschenswerther mache, als an manchen anderen Plätze.

Kriegsminister v. Kamke ist bereit, dem in der Resolution geäußerten Wunsche Folge zu geben, bittet aber, durch Annahme des Antrages ad a. dieser Frage bezüglich Altonas nicht zu präjudizieren. Materielle Gründe genug bräuchten gerade für Aufrechterhaltung der Kommandantur in Altona, zunächst die Nachbarschaft Hamburgs mit seinen 200.000 Einwohnern und einem starken Kontingent flottirender Arbeiter- und Schiffer-Bewölkung. Es empfiehlt sich für alle Eventualitäten, die nötigen Sicherheitsmaßnahmen in der Hand des Kommandanten zu Altona zu konzentrieren. Außerdem wird die gesammte Gerichtsbarkeit über die Truppen in Hamburg und Altona von der dortigen Kommandantur gehabt. Die Abg. Miguel und Lasker konstatiren, daß man den Antrag bezüglich Altona's in der Budgetkommission bereits angenommen hatte, bevor die zu b. gedachte Resolution eingebracht worden. Nach Geweihmung derselben seien die übrigen von dem Referenten erwähnten Anträge gefallen. Es sei augenscheinlich, daß auch die Abstimmung bezüglich Altona's anders ausgefallen sein würde, wenn die betreffende Resolution bereits früher erörtert hätte. So wie der Antrag an das Haus gelangt sei, präjudizierte er allerdings der von der Militärverwaltung verlangten Meißnungsänderung in Betreff der Kommandantur zu Altona. Die Abg. Richter und v. Hoberbeck geben die geschilderten Vorgänge als richtig zu. Richter bemerkte aber, daß bezüglich Altona's die Sache eben so einfach wie bei der Festung Königstein liege, und man deshalb keine Veranlassung habe, von dem Antrage der Kommission abzugehen. In Altona lägen keine verschiedenen Truppengattungen, sondern nur fünf Bataillone Infanterie, ebensowenig seien militärische Etablissements daselbst vorhanden. Auch v. Hoberbeck sieht keinen Grund, den Antrag fallen zu lassen, obwohl er einräumen muß, daß seine Tragweite eine verhältnismäßig geringe ist. Gemeinsamlich sei dem Antrage und der Resolution der Gedanke gewesen, daß man nicht mit diesen Stellen ein Reservoir für anderwerte Bedürfnisse schaffen dürfe.

Bei der Abstimmung werden die Ausgaben für Altona unverändert nach der Regierungsvorlage bewilligt; dafür, sie als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, stimmt nur die Fortschrittspartei und der größte Theil des Zentrums; dagegen wird der Antrag der Kommission bezüglich der Festung Königstein und die Resolution zu b. fast einstimmig angenommen. Die Tit. 12—19 werden ohne weitere Diskussion bewilligt.

Die Debatte wendet sich nunmehr dem Titel 20: Geldverpflegung der Truppen 92,189,201 Mark zu. Die Budgetkommission beantragt bei dem Regiment der Gardes du Corps die Gehälter für 1 Stabsoffizier, 3 Rittmeister 1. Klasse und 2 Rittmeister 2. Klasse mit zusammen 29,850 Mark als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Der Referent führt an, daß der erste Rittmeister der ersten Eskadron einer der bekannten beiden „ausgestopften“ Offiziere sei, von dem im Publikum ziemlich unklare und oft ungeheuerliche Vorstellungen bestanden. Von Alters her seien die Chefs des Hauses Hohenzollern auch zugleich Chefs der ersten Kompanie des ersten Garde-Regiments und der ersten Eskadron der Garde du Corps gewesen. In diesen Eigenschaften bezieht Sr. Majestät der deutsche Kaiser augenblicklich zusammen 2700 Thlr., die er in Gunsten der beiden Regimenter verwendet; es ist dies übrigens die einzige Summe, die ihm von Seiten des Reiches zu Theil wird. Geht man nun von der strengen Form der Staatsaufstellung aus, so erregt es allerdings Bedenken, Gehalte für Stellen aufzunehmen, die eigentlich nicht besetzt sind. Ein Antrag auf Streichung wurde in der Kommission abgelehnt, weil man sich nicht entschließen konnte, mit Rücksicht auf die finanzielle Geringfügigkeit in ein Verhältnis einzutreten, welches durch alle historische Erinnerungen gerechtfertigt ist. Die Kommission nahm aber den Antrag an, die Rittmeisterstellen in dem Garde du Corps-Regiment auf die bei den anderen Regimenter übliche Zahl zu reduzieren.

Abg. Lucius (Erfurt): Es handelt sich um eine Truppe, die in nahen persönlichen Verhältnissen zu Sr. Majestät dem Kaiser steht; sie besteht so lange, wie die preußische Monarchie und ist bis jetzt von keiner Seite angefochten. Alle Monarchen haben eine Haustruppe, aber keine wohl in beiderlei Form, als die preußische; denn die Haustruppe ist zugleich ein Feldregiment wie jedes andere Kürassier-Regiment. Es ist daher weder prinzipiell noch finanziell von Bedeutung, dem deutschen Kaiser etwas zu versagen, was ihm als König von Preußen anstandslos zugeschrieben werden sollte.

Abg. v. Hoberbeck: Der Vorredner hat in den letzten Worten ein Element in die Diskussion gezogen, das ich für vollkommen ungünstig halte; denn wir haben nicht nach den Wünschen Sr. Majestät des Kaisers, sondern lediglich aus sachlichen Gründen zu erwägen, was wir in dieser Frage thun wollen. Deshalb will ich bemerklich machen, daß wir uns schon eine Bräunlung auferlegt haben, wenn wir den in der Kommission abgelehnten Antrag der beiden „ausgestopften“ Hauptleute zu streichen, nicht wieder aufzunehmen haben, in deren Beibehaltung wir einen Mißbrauch erkennen. Historischen Erinnerungen kann ich nicht soweit nachgeben, daß wir in dem Etat Beaute des Staates aufnehmen, die gar nicht existieren. Wenn man die Gardes du Corps beginnen wollte, was ich nicht will, so hätte man die Douceurgelder erhöhen sollen, die sich hier auch ausnahmsweise finden; jedenfalls hätte man die beiden Stellen weglassen sollen, die unserm Etat nicht zur Sache und zum Nutzen gereichen. Wenn man sagt, es seien im Garde du Corps-Regiment mehr Offizierstellen notwendig, so kann das keineswegs den Schein erwecken, als wenn die Mannschaften dieses Regiments eine stärkere Aufsicht brauchten. (Widerspruch rechts.)

Abg. v. Ullrich (Magdeburg): Wenn ich auch die Angelegenheit vollkommen sachlich betrachte, so muß ich dabei doch immer an die Wirkung des Beschlusses denken. Die Leibwachen in andern Staaten, so z. B. die Cent-gardes in Frankreich, die auch der jetzige Präsident beibehalten hat, die Nobelaarden in Österreich u. s. w., kosten unendlich viel mehr als die 29.000 Mark, die hier mehr gefordert werden. Ich werde also die Position bewilligen, um nicht an der Stelle zu verlieren, wo ich nicht verlegen will. (Beifall.)

Generalmajor v. Voigts-Rhetz: Das Regiment der Gardes du Corps hat seine Stiftung von Friedrich dem Großen, und es wurden ihm, wie allen Cavallerie-Regimentern, Stabsrittmeister als zweite Rittmeister bei der Schwadron beigegeben. Als finanzielle Kalamitäten die Bechränkung der Rittmeister forderten, legte man doch an diese persönliche Schöpfung des großen Königs nicht Hand an, sondern beließ diesem Regiment die doppelte Zahl der

Rittmeister. Nimmt man nun an, daß die Haustruppe den Glanz des Hofes und des Landes mit repräsentieren soll, so sieht Preußen hinter anderen Staaten bedeutend zurück. In England besteht die Horse-garde aus 3 Cavallerie-Regimentern zu 275 Pferden, die je 154.000 Thlr. kosten, während ein Lienten-Regiment zu 436 Pferden, die nur 131.000 Thlr. kosten, und niemals hat man im konstitutionellen England Anstand genommen, diese Regimenter zu bewilligen. In Russland besteht die Schloßgarde mit 1 Kommandeur, 7 Offizieren und 1.0 Mann, ferner die kaiserliche Convoi, 4 Schwadronen Garde-Kavallerie mit je 1 General und 4 Rittmeistern. In Österreich bestehen neben der Nobelgarde die Arcieren-Garde, die ungarische Leib-Garde, die Burgwache, die Trabantengarde und die Leibgarde zu Pferde, die 456.000 Thlr. kosten. In Preußen hat man nur 1 Regiment Infanterie und 1 Regiment Cavallerie, die daneben Dienst thun, wie jedes andere Regiment. Wenn nun auch die größere Anzahl der Rittmeister keine dienstliche Nothwendigkeit ist, so hat sich doch daraus noch keine dienstliche Unconvenienz ergeben. Wenn außerdem das Avancement in diesem Regimenter bezeichnet ist, so muß ich erwähnen, daß das Garde du Corps-Regiment in den letzten Jahren besonders dazu bestimmt gewesen ist, eine Zahl ausgewählter Offiziere aus der ganzen Armee aufzunehmen, und zwar solche, die sich ausschließlich dem militärischen Beruf widmen, nicht solche, die sich nach einigen Dienstjahren auf ihre Gitter juristischen. Dadurch ist das Avancement bedeutend ins Stocken gerathen. Von den 31 Offizieren des Regiments sind 19 aus andern Regimenter hineinversetzt. Die Aeußerung des Vorredners, daß die größere Anzahl von Offizieren vielleicht nothwendig sei, weil die Soldaten eine stärkere Nachhülle brauchten (Widersprung), muß ich zurückweisen; das Regiment hat eine so ruhmvolle Geschichte hinter sich, daß man an seiner Tüchtigkeit nicht zweifeln kann.

Abg. Richter (Hagen): Auf eine Vergleichung mit anderen Ländern können wir uns nicht einlassen; jedenfalls ist aber das Institut der Garde für kein Land weniger passend, als für das Land der allgemeinen Wehrpflicht. Wenn die zweiten Rittmeister als ein Theil des Kostfests behandelt werden sollen, so mag man sie auf den Kronfidekommissons übernehmen und wir werden ebensoviel darüber sprechen, wie über die überflüssigen Kammerherrenstellen. Wir behaupten, daß es überflüssig ist nur eine Sprosse zu der Leiter, auf der adlige Offiziere über die Schultern ihrer bürgerlichen Altersgenossen hingegen in höhere Kommandostellen gelangen. Denn noch niemals hat ein bürgerlicher Offizier Aufnahme in das Garde du Corps-Regiment gefunden. (Hört! Hört!)

Abg. Gneist: Es handelt sich hier um gewisse Ehrenrechte des Höchstkommandirenden der Armee, die fast bei allen Leibregimentern aller monarchischen Staaten Anwendung gefunden haben. Bei der Bescheidenheit dieses Vorzuges in Deutschland allen anderen Staaten gegenüber, ist es möglich, ohne Verständigung mit der Regierung an diese Dinge zu röhren.

Nachdem sich noch der Abg. v. Hoberbeck in einer persönlichen Bemerkung dagegen verwahrt hat, als hätte er die Tüchtigkeit des Garde du Corps-Regiments angezweifelt, wird der Antrag der Kommission abgelehnt; dafür stimmt die Fortschrittspartei und ein Theil des Zentrums.

Ferner beantragt die Kommission, die Mehrforderung zur Gewährung der ganzen Kommandozulage statt der halben nicht zu bewilligen und somit 334,440 Mark zu streichen. Das Haus tritt ohne Debatte diesem Antrage bei.

Ein sernerer Antrag der Kommission lautet: „Auf die im preußischen Spezialsetat vorgeschlagene Soldeinhöhung den Mehrbetrag an Sold, welchen einzelne Garderegimenter gegen gleichartige Linienregimenter beziehen, desgleichen die Garnisonszulagen für Berlin, Potsdam, Charlottenburg und Burg Hohenzollern, jedoch mit der Maßgabe in Aussicht zu bringen, daß kein Truppenteil weniger Sold als bisher enthalte. Demnach statt 4,838,112 Mark nur 4,723,686 Mark zu bewilligen.“

Referent Wehrenpfennig: Die Lohn erhöhung von 6 Pf. hat keinen Widerspruch gefunden; man wollte aber die Privilegien, welche heute das 1. und 2. Garde-Regiment, das Garde-Infanterie-Bataillon und die Garde-Kürassiere besitzen, die heute schon 15 Sgr. mehr bekommen, aufheben. Außerdem haben die Truppen anderer Regimenter, die in Berlin, Potsdam und Charlottenburg noch 1 Pf. Garnisonszulage, die daher röhren, daß man in den zwanziger Jahren wegen der großen finanziellen Katastrophe den Truppen je einen Pfennig abzog, ihn aber den in den genannten Orten stehenden Truppen beließ.

Nachdem der Kriegsminister v. Kamke sich für die Beibehaltung der Privilegien ausgespielt, ergreift das Wort der Reichskanzler Fürst v. Bismarck:

Ich erlaube mir auch meinerseits die Bitte auszusprechen, in der sehr dankenswerthen Erhöhung des Einkommens der Soldaten eine Ausnahme zu Gunsten der angeführten Regimenter einzutreten zu lassen; Sie haben ja in Bezug auf die Garde du Corps eine ancere Frage ebenfalls anders entschieden, als Ihre Kommission und es treten hier analoge Momente in Bildung. Sie haben schon vorhin gehört, wie in dem konstitutionellen England die Horsegarde steht, die einen viel populäreren Namen von den Bevölkerungs erbaut hat, die sie verehren. Die günstigste Stellung der Garde du Corps mag immerhin ein Luxus sein, aber ein durch den Anstand gebotener Luxus. Die hier vorgebrachte Soldeinhöhung ist ein Bedürfnis, das noch nicht gänzlich befriedigt wird, auch wenn Sie allen Regimenter die beiden Sechser bewilligen. (Heiterkeit.) Ich möchte noch bemerken, daß selbst in den Zeiten des Konfliktes diese Ungleichheit niemals berührt worden ist. Ich möchte annehmen, ob es nicht nützlich sei und auch der Wille des Kaisers entsprechend, wenn Sie Sr. Majestät immerhin die Möglichkeit ließen, einen Theil seiner alten Gardegruppen etwas besser zu versorgen. Ich möchte nicht aus dem Bedürfnis, auch nicht von der Stärke selbst der meisten dieser Leute (Heiterkeit), auch nicht von der Theorie der Garnisonen, sondern lediglich davon, daß man Sr. Majestät dem Kaiser die Möglichkeit läßt, die bessere Versorgung seiner Garde zu gewähren. Ich kann mich dem Verbot, von der Person Sr. Majestät zu sprechen, nicht so unbedingt fügen; wir kommen sehr häufig in die Lage, die persönlichen Willensäußerungen Sr. Majestät hier erwähnen zu müssen. Ich sehe auch nicht, daß sich in Herrn von der Fortschrittspartei darin korrekter verhalten; denn man kann doch kaum persönlich von Sr. Majestät dem Kaiser sprechen, als wenn man ihm zumutet, eine Ausgabe auf den Kronfidekommis zu nehmen, man verweist ihn damit auf eine Anleihe bei dem Könige von Preußen. Wenn Sie bereden, daß der Kaiser dem Reihe Nepräsentationszulagen in keiner Weise verurteilt, so ist es doch nur eine kleine Abstagszahlung, wenn Sie ihm gestatten, seinen Gardetruppen, wie er es als König von Preußen immer könnte, einen etwas höheren Sold zu gewähren. (Beifall.)

Abg. Richter (Hagen): Die kaiserliche Regierung, von der hier allein die Rede ist, hat ja einen Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligung aller Art. Wir haben uns dagegen erklärt, daß man die Person des Kaisers als eine höhere Instanz, die über die Reichsbehörden steht, erwähne. Wenn ich diese Erwähnung Sr. Majestät auf anderer Diage ausdrücken wollten, würden wir bald abstimmen haben, ob für oder gegen den Kaiser und das mößte ich im Interesse des Konstitutionalismus und der Würde des Kaisers vermieden wissen. (Beifall.) Die Vertreter der Regierung nahmen diesem Antrage gegenüber in der Kommission eine sehr günstige Stellung ein. Denn es ist eben etwas Anderes, ob man, wie im vorigen Falle, bestehende Kompetenz befehligen oder nur bei der Erhöhung bestehender Ungleichheiten ausgleichen will, ohne eine Verminderung der Kompetenzen einzutreten zu lassen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Zu der Aeußerung, man würde gleichzeitig für oder gegen den Kaiser abstimmen haben, glaube ich keine Veranlassung gegeben zu haben. Dagegen muß ich mich verteidigen, als ob es ganz gleichgültig sei, welchen Eindruck ein Beschluss des Hauses auf Sr. Maj. den Kaiser macht; politisch ist das keineswegs gleichgültig, besonders für die Persönlichkeit, die für die Handlungen, die aus den kaiserlichen Eindrücken hervorgehen, die Verantwortung tragen soll. (Beifall rechts.)

Nachdem der Abg. Lucius (Erfurt) sich gegen den Kommissionsantrag erklärt und der Generalmajor von Voigts-Rhetz sich dagegen verwahrt hat, daß die Regierungskommission dem Antrage günstig gewesen wäre, wird zur Abstimmung durch Bahlung geschritten. Es stimmen 168 gegen, 115 für den Antrag, so daß also die Regierungsvorlage unverändert angenommen ist. (Gegen die Regierungsvorlage stimmen das Zentrum, die Fortschrittspartei und einige Nationalliberale, darunter Lasker, Meyer (Thorn), Oppenheim, Miguel, Gneist, Richter, Kapp, Techow, Bölk u. a. m.)

Die von der Budgetkommission zu Tit. 20 vorgeschlagene Resolution, die Regierung zu ersuchen, künftig der Übersicht über die Etatstärke des Heeres einen Nachweis der Veränderungen gegen das Vorjahr hinzuzufügen — wird fast einstimmig angenommen; ebenso die beiden Positionen dieses Titels im Extraordinarium.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Berathung des Militär-Etats bis Sonnabend 11 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 11. Dezember.

Am Donnerstag früh ist hier der 1. Ober-Tribunalstraf Rudolph Krüger gestorben.

Nach § 186 des Reichs-Strafgesetzbuches ist Derjenige, welcher gegen einen Anderen eine Thatsache behauptet und verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuurtheilen geeignet ist, strafbar. In Beziehung auf diese Bestimmung entscheidet das Ober-Tribunal in seiner Sitzung vom 16. Oktober c., daß diese Strafandrohung nicht nur dann Anwendung findet, wenn derartige Behauptungen um ihrer selbst willen, sondern auch dann, wenn sie zur Begründung einer anderen Thatsache geführt werden.

## Locales und Provinzielles.

Bojen, 12. Dezember.

Ein Korrespondent des „Dziennik Poznański“ in der Provinz macht die ihm bekräftigte Behauptung, daß das Proletariat unter den polnischen Einwohnern der kleinen Städte in unserer Provinz fortwährend zunehme. Der beste Beweis hierfür sei der Umstand, daß bei Stadtverordnetenwahlen die Polen mit geringen Ausnahmen zu der dritten, also der untersten Classe gehören. Als Gründe für diese Armut und dieses Elend unter den polnischen Bürgern kleiner Städte führt der Korrespondent drei an. Der Hauptgrund sei das Leben über den Stand und der Luxus bei den Frauen. Ein sernerer die verhältnismäßig geringe Zahl von guten, dafür aber deshalb größere Zahl solcher Handwerker, welche vom Handwerk keinen Begehr haben, hauptsächlich trete dieses Verhältnis bei den Schuhmachern zu Tage. Der dritte Grund endlich für die Zunahme des Proletariats sei der Zustrom der Landbevölkerung nach kleinen Städten. Ein Theil derselben friste ein elendes Dasein, indem sie für Spottgeld arbeiten, andere kommen wegen Mangels an Beschäftigung moralisch herunter und enden hinter Gefängnismauern.

H. Konzert. Nächsten Montag Abend wird das dritte und letzte der vierjährigen Appolodischen Symphoniekonzerte im Baar-Saal stattfinden. Mit Beugnahme auf das in unsrer Kritiken über diese gebiegenen Orchesteranschauungen zu Gunsten derselben Herborghen lenken wir gern die Aufmerksamkeit des hiesigen musikalischen Publikums mit dem Bemerkung auf die bevorstehende dritte Sorée hin, daß in derselben Schumann's mit Recht geschätzte Symphonie in b-dur (Nr. 1), die 7. Haydn'sche in g-dur, sowie eine interessante Ouverture des großen Contrapunktisten Cherubini zur Aufführung kommen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 12. Dezember. In der heutigen nichtöffentlichen Nachmittagssitzung im Projeß-Arnim sollte über die kirchenpolitischen Schriften der ersten Gruppe der Anklage, für welche der Gerichtshof die Öffentlichkeit ausschloß, verhandelt werden.

Berlin, 12. Dezember. Der Reichskanzler hat dem Bundesrat eine Denkschrift des Reichseisenbahnamts vom 3. Dezember betreffend Reform und Erhöhung der Eisenbahn tarife eingestellt und die Anträge des Reichseisenbahnamts befürwortet, wonach die Aufführung des Bundesratshabeschlusses vom 11. Juni betreffend die zu Neujahr beabsichtigte Einführung des Übergangstarifsystems, statt, die provisorische Tariferböhung, ausgenommen für Bieh, Spiritus und Zucker, bis auf Weiteres gestattet und spätestens zu Neujahr 1876 ein der Reichsverfassung entsprechendes einheitliches einfaches Tarifsystem eingeführt werden soll.

## Posener Landwirths.

Die soeben erschienene Nr. 50 des „Landwirtschaftlichen Centralblattes für die Provinz Posen“, herausgegeben von Prof. Dr. Peters, hat folgenden Inhalt:

Amtliches. — Über die Aufzucht der Kühe. I. — Über die Erfolge des Drainirens. — Die herbstliche Tiefkultiv. zu Flachs. — Ein Beitrag der Zeit von Rud. Niemann. — Literatur. — Korrespondenzen und Zeitungsnachrichten: Posen. — Breslau. — Kurnik. — Breslau. — Marienwerder. — Bromberg. — Kleine Mitteilungen: Für die bevorstehenden schlesischen Flachsmärkte. — Ernährung der Pferde mit Pferdefleisch. — Herkunft des Kartoffelpilzes. — Zur Herstellung einer guten Lebrente. — Statistik über Hopfen und Bier. — Zur Verarbeitung der Disteln. — Zur Statistik des landw. Unterrichtswesens in Österreich. — Zur Steuerreform. — Briefkästen. — Personalien. — Besitzveränderungen. — Jahrmarkte. — Vereinskalender. — Marktberichte. — Anzeigen.

Auf das lügenhafte Gericht, welches hier verbreitet wird, bringe ich den betreffenden Personen, denen mein Wohl so sehr am Herzen zu liegen scheint, hiermit zur Kenntnis, daß ich gar nicht die Absicht habe, Stenographie zu verlassen.

Dr. v. Gorski.

Von Bilderbüchern. Kinder- und Jugendschriften hat das größte

## Submission.

Die an den städtischen Baulichkeiten wie auf den städtischen Straßen und Plätzen im Jahre 1875 etwa benötigten Maurer-, Zimmermanns-, Tischler-, Maler-, Glaser-, Schmiede- und Pfaster-Reparaturarbeiten und Lieferungen, wie Eisenzeug, Neubefestigungen sollen submittendo verausgabt werden. Die bezüglichsten Kostenanschläge und Bedingungen können während der Dienststunden im Baubureau des Rathauses vom 14. d. Mts. ab eingesehen werden.

Hierauf bestellende wollen ihre Oefferten ebendaselbst versteigern mit der Aufschrift:

Submissionsgesetz auf die städtischen iMaurer- c. Arbeiten pro 1875 bis spätestens zum 21. Dezember c., Mittags 12 Uhr abgeben.

Über- und Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 10. Dezember 1874.

Der Magistrat.

Der Posten des Bürgermeisters und Standesbeamten ist vacant und soll möglichst bald besetzt werden.

Gehalt 500 Thlr.  
auf Schreibhülse 66 Thlr. 20 Sgr.  
Bureauosten 50 Thlr.

Dualifizirte Bewerber wollen ihre Anmeldungen unter Beifügung ihres Lebenslaufes und der Zeugnisse bis zum 31. Dezember an den Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Müllermeister Ferdinand Bachmann einsenden.

Autrofchin, den 10. Dezember 1874.

Der Magistrat.

Das Königliche Kreis-Gericht  
II. Abtheilung.

Posen, den 30. November 1874.

Freiwilliger-Verkauf.

Die den Erben der Witwe Renata Heth geb. Müller gehörigen beiden Hausrundstücke Posen, Altstadt Nr. 228 (Breslauerstr. Nr. 1.) und Posen Altstadt Nr. 195 (Ziegenstr. Nr. 28), von denen das Erste auf 7935 Thlr. 27 Sgr. 8 Pf. das Letzte auf 4551 Thlr. 11 Sgr. 16 Pf. abgeschäft ist, sollen im Wege der freiwilligen Substitution im Termine den

14. Januar 1875,

Nachmittags 3 Uhr,  
vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Strauch, an hieriger Gerichtsstelle verkauft werden. Kaufstüchte werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen in unserem Geschäfts-Bur. au III D. während der Geschäftsstunden eingesehen werden können.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des früheren Rittergutsbesitzers Thaddeus von Stablewski, früher in Dolne, jetzt in Kosten wohnhaft, ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 28. Dezbr. 1874 einschließlich festgelegt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, soweit möglichen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorecht bis zu dem gebildeten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 4. Novbr. 1874 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 18. Januar 1875,  
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Kommissar Herrn Kreisrichter Meissner im neuen Gerichtsgebäude hierelbst anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderung innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seiner Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, wird der Justiz-Rath Brachvogel und der Rechts-Anwalt Geister hier zu Sachwintern vorgeschlagen.

Kosten, den 2. December 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Wegen Todesfall ist in Neubrück bei Wronie ein Haus nebst schönem Garten und Ländereien billig zu verkaufen; — in demselben befindet sich die Post-Expedition.

Näheres zu erfragen bei Herrn Bistrzyski in Posen, Breitestraße Nr. 26 und in Neubrück H. L. poste restante.

Aufforderung der Konkurs-gläubiger nach Festlegung einer zweiten Anmeldungsfrist.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Idvor Koppenheim** zu Gräßt ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkurs-gläubiger noch eine zweite Frist bis zum 30. Dezbr. 1874 einschließlich festgelegt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, soweit möglichen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorecht bis zu dem gebildeten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 17. November 1874 bis zum Ablauf der zweiten Frist ange meldeter Forderungen ist auf

den 15. Januar 1875,

Vormittags 11 Uhr,  
in unserem Gerichtslokal, Termins zimmer Nr. 8, vor dem Kommissar Herrn Kreisgerichtsrath v. **Mrojinski** anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, wird der Rechtsanwalt **Stiebler** hierelbst als Sachwalter vorgeschlagen. Zugleich wird bekannt gemacht, daß der Rechtsanwalt **Naschinski** hierelbst zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden ist.

Gräßt, den 3. Dezember 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung

**Dels-Gnesener Eisenbahn.**

Die Actionäre der Dels-Gnesener Eisenbahngesellschaft, welchen die mit den Nummern 3, 13, 17, 20, 27, 29, 36, 39, 50, 51, 54, 55, 56, 60, 65, 68, 70, 71, 78, 79, 91, 92, 93, 95, 97, 98, 103, 104, 112, 113, 116, 117, 123, 125, 133, 135, 137, 143, 151, 154, 158, 161, 168, 172, 174, 175, 176, 180, 186, 188, 206, 211, 212, 213, 217, 218, 219, 220, 222, 223, 225, 226, 229, 230, 235, 237, 244, 245, 246, 249, 252, 253, 254, 262, 263, 278, 290, 298, 299, 300, 303, 318, 332, 366, 369, 370, 376, 379, 381, 385, 386, 391, 392, 393, 394, 399, 400, 408, 416, 426, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 436, 438, 447, 448, 449, 471, 485, 486, 487, bezeichneten Quittungsbogen zugeheilt worden sind, haben die durch die öffentliche Bekanntmachung vom 25. Juli d. J. für die Zeit vom 20. bis 31. August c. ausgeschriebene Einzahlung der VII. Rate von zehn Prozent auf die von ihnen gezeichneten Stammatien wiederholter besonderer Aufforderung ungeachtet noch immer nicht geleistet.

Dieselben werden hiermit nochmals aufgefordert, die restrenden Einzahlungen nebst Verzugszinsen bei derjenigen Annahmestelle, bei welcher die Einzahlung der früheren Raten erfolgt ist, bis spätestens zum 31. Januar d. J. zu leisten, widergenfalls gegen die Stämmigen in Gemäßheit der Bestimmung des § 7 des Gesellschaftsstatus weiter vorgegangen werden wird.

Breslau, den 30. November 1874.

Der Aufsichtsrath

der Dels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.

gez. Grf. v. Maltzan.

Deutsche Reichs- u. Conti-

ntental-Eisenbahnbau-Gesell-

schaft.

I. Bau-Abtheilung.

Die Herstellung der Wärter-, Wirtschafts- und Wasberstationsbrunnen soll incl. Material für die Strecke Schraden-Posen auf dem Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Termin: Donnerstag, d. 17. De-

zember c. Vorm. 12 Uhr,

im Geschäftsklokal, Berlinerstraße 21 I.

Zeichnung und Submissionsbedingung liegen in demselben Klokal in den Bu-

reauosten zur Einsicht aus.

In einer größeren Garnison- und Kreisstadt der Provinz Posen, ist eine seit 40 Jahren bestehende und mit gutem Erfolg betriebene Eisen- und

Eisenwaren-, Tabak- und Zi-

garen-Handlung mit und ohne

Waarenlager zu verkaufen.

Oefferten werden unter Chiffre B. Z.

200, poste restante Breslau erbeten.

(H. 23819).

Berlin W., den 20. November 1874.

## Bekanntmachung.

Adressirung der Postsendungen.

Zur Sicherung schneller Beförderung und Bestellung der Postsendungen müssen auf denselben Adressat und Bestimmungsort so genau bezeichnet sein, daß jeder Ungewißheit vorgebeugt wird. Dabei sind namentlich folgende Punkte zu beachten.

1. Bei Postsendungen nach größeren Orten ist auf der Adresse die Wohnung des Adressaten möglichst genau anzugeben. Auch ist es von Wichtigkeit, daß die Wohnungsangabe stets an der Stelle der Adresse, nämlich unten rechts, unmittelbar unter der Angabe des Bestimmungsortes, erfolge.

2. Bei der nach Berlin bestimmten Correspondenz ist, außer der Wohnung des Adressaten, der Postbezirk (O., N., NO. etc.) in welchem die Wohnung befindet, auf der Adresse hinter der Ortsbezeichnung „Berlin“ zu vermerken.

3. Giebt es mit dem Bestimmungsorte gleich oder ähnlich lautende Postorte, so ist dem Ortsnamen eine zusätzliche Bezeichnung beizufügen. Welche Zusätze für die Ortsnamen im Postverkehr als maßgebend anzusehen sind, ergibt sich aus dem „Verzeichniß gleichnamiger oder ähnlich lautender Postorte“, das zum Preise von einem Silbergroschen pro Exemplar durch Vermittelung jeder Reichs-Postanstalt bezogen werden kann.

4. Wenn der im Reichs-Postgebiet belegene Bestimmungsort zwar mit einer Postanstalt versehen, defensiongeachtet aber nicht als allgemein bekannt anzusehen ist, so empfiehlt es sich, die Lage des Orts auf der Adresse noch des Näheren zu bezeichnen. Zu derartigen Bezeichnungen eignet sich die Angabe des Staates und bei größeren Staaten des politischen Bezirks (Provinz, Regierungsbezirk u. s. w.), in welchem der Bestimmungsort belegen ist, oder auch die Angabe von größeren Flüssen („an der Oder“, „an der Elbe“, am Rhein“, „am Main“ etc.), oder von Gebirgen („am Harze“, „am Riesengebirge“, etc.). Nicht minder sind zusätzliche Bezeichnungen, wie „in Thüringen“, „in der Altmark“, „in der Lausitz“ etc. für den Zweck geeignet.

5. Bei Postsendungen nach Ortschaften ohne Postanstalt ist auf der Adresse außer dem eigentlichen Bestimmungsort noch diejenige Postanstalt anzugeben, von welcher aus die Bestellung der Sendung an den Adressaten bewirkt werden bz. die Abholung erfolgen soll.

6. Wenn der Bestimmungsort einer Sendung in einem fremden Postgebiete belegen und zu den weniger bekannten Orten zu rechnen ist, so ist außer dem Ortsnamen noch das betreffende Land bez. der Landesteile auf der Adresse anzugeben.

Die Beachtung dieser Punkte wird zur Herbeiführung einer schleunigen Lieferung der Sendungen an die Adressaten wesentlich beitragen, und es liegt daher im eigenen Interesse der Correspondenten, die Adressen hierach genau anzufertigen.

Kaiserliches General-Postamt.

Stephan.

## Große Auktion von Teppichen.

Donnerstag, den 17. Dezember, Vormittag und Nachmittag, von 9 1/2 und 2 1/2 Uhr sollen in meinem Lokal Neustädter Markt 9 wegen Auflösung einer Teppichfabrik ein bedeutender Posten **Besour**- und **Brüsseler** Teppiche, in verschiedener Größe, große Saalteppiche, öffentlich gegen Baarzahlung, durch mich versteigert werden. neue große wollene Stuben-Teppiche, Bettvorleger, etc.

Drange, Auktionskommisarius.

Unkündbare sich amortisirende Kapitalien auf Grundstücke und Häuserkomplexe in der Stadt Posen habe bei möglichst hoher Beleihung sofort zu vergeben. Gef. Oefferten an

Julius Jaffé,

Berlin W., gr. Friedrichstr. 63.

## Submission

auf Lieferung von 128 gußeisernen Leibstühlen mit Einsatzgefählen aus vergossenem Eisenblech und der Eisentheile zu 184 Zellenöfen für die beiden neuen Gefängnisse in Posen am

28. Dezember er,  
Vormittags 10 Uhr,  
im Baubureau Magazinstraße Nr. 4 hierelbst. Zeichnungen und Lieferungsbedingungen können daselbst eingesehen oder gegen Erstattung der Kosten von dem Unterzeichneten bezogen werden.

Posen, 12. Dezember 1874.

Der Bauführer

Kahrstedt.

## Auktion.

Montag den 14. Dezember von 9 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab werde ich Sachsenplatz Nr. 6 verschiedene Möbel: als Sophie's in Plüsch, Kleider, Wäsch- und Silberpinde,

1 Cylinderbureau, 2 Bettstellen m. Federmatratzen,

Tische, Stühle, Kommoden, Spiegel, auch eine Parthe

Goldgegenstände,

als: Herren- und Damen-Uhren, lange und kurze Ketten, Ringe, eine Parthe

Damen-Mäntel, Jacken und Paletot's, Schuh u. Stiefel, gegen baare

Zahlung versteigern.

Kath. Auktionskommisarius.

420,000 Thlr.

## Stiftungs-Geld

eines im Königl. Sachsen-dome. Instituts haben wir Auftrag erhalten, da momentan Beliebungsmaterial hier mangelt, auf Grundbegriff in Posen hypostatisch zu geben und ersuchen Relectanten, sich unter Beifügung der nötigen Notizen an uns zu wenden.

Chemnitz i. S. (H. 23817)

Schlett & Maakel.

## Capitalien

find auf Rittergütter unmittelbar hinter der Landschaft und auf hiesige Häuser zur sicherer Stelle zu vergeben durch Gerson Zarecki,



# Haasenstein & Vogler

Annoncen-Expedition in Posen, vertreten durch Emil Weimann, Markt 87. Tägliche Expedition nach allen hiesigen und auswärtigen Zeitungen. Bei größeren Aufträgen bedeutender Rabatt.

Nur eins wirkt sicher und dauernd gegen alle katarrhalischen Affektionen, Husten, selbst veralteten Lungentharr usw. usw. und dies sind die seit dreißig Jahren berühmten **Malspräparate** des **Kgl. Hoflieferanten Joh. Hoff** in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1. Viele Hunderttausend Dankesbriefe an den Fabrikanten beweisen es: Neuorgeb. Neuteich, 1. Juni 1874. Alle sonstigen Präparate und Medikamente, sie mögen einen Namen haben, wie sie wollen, reppstet der peinliche Husten beim chronischen Lungentharr nur einmal nicht, wohl aber leisten Ihre Brustmalzbonbons, wie ich es zu wiederholten Malen erfahren habe, sofort sehr wesentliche Hilfe. Thurn, Forstsekretär.

**Verkaufsstelle in Posen:** Generaldepot und Haupt-Niederlagen bei **Gebr. Pleschner**, Markt 91; **Brenzel & Comp.**, Alter Markt 56; in Schrimm die Herren Gahrel & Comp.; in Wongrowig Herr Hermann Siegel; in Pleischen Herr E. Borakowski; in Pinne Herr A. Borchard.

Dom. Platzki per Schröder hat 1 Bullen und 8 St. fette Kühe zum Verkauf.

Gittergerste, Hafer, Erbsen, Wicken, Lupinen, Mais, Weizen und Roggenkleie resp. Futtermehl, Raps- und Leinkuchen usw. empfiehlt

**S. A. Krueger**, Posen, Friedrichstr. Nr. 27.

Beinh Stück zum Mast gut geeignete

## Rinder

stehen zum Verkauf. Anfragen unter S. 500 befördert die Annons-Expedition von Rudolf Moos in Posen.

**Getreide- u. Hülsenfrüchte,**

Glee, Thymothee und Grasfämmerien aller Art, kauft jederzeit zu marktmäßigen Preisen und bittet um bemerkte Offerten

**S. A. Krueger**, Posen, Friedrichstrasse Nr. 27.

Ungarische Pferdedecken verschiedener Farbe und Größen, in bekannter ausgezeichneter Qualität, empfing zum kommissionsweisen Verkauf und empfiehlt

## L. Kunkel.

Drehstierwaaren- und Schirmsfabrikant, Friedrichstrasse Nr. 10, im Hause des Telegraphen-Bureau.

**Michaels Basch, Magazin** f. Haus- u. Küchengeräthe, Markt- u. Wasserstr.-Ecke,

empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preis: n:

Schlittsche für Damen und Herren, Dr. Meidinger'sche Regelstift-Schreiber, Säulen-Schreiber, Dosen-Schreiber und Feuergeräthe, Kohlenkästen und Kohlenplatten, Petroleum-Kochmaschinen bester Construction, Eisen-Bettstellen mit und ohne Drahtmatratze, Fleischhackmaschinen, Wurststopfmaschinen, Amerikanische Waschmaschinen mit Wringen, Geruchlose Water-Closet's usw. usw. Auswärtige Aufträge werden umgehend prompt effektuiert.

**F. Lefacheux-Revolver**, 6 schüssig, gut eingeschossen auf Schrot- und Kugelschuss.

7 Mm. 9 Mm. 12 Mm. von 5, 6 u. 7 9 Thlr. an inklusive 25 Patronen.

**A. Berger**, Magdeburg, Gewehrfabrikant.

Ober- und Niederschlesische Steinkohlen, Schmiedekohlen, Schmelzcole, Böhmisches Braunkohlen, Senftenberger Braunkohlen und Briquettes usw. in Waggonladungen à 100 bis 220 Centner empfiehlt

**S. A. Krueger**, Posen, Friedrichstrasse Nr. 27.

vis-a-vis der Königl. Louisenschule.

Eine Parthe feiner gestickter Tüllgardinen empfiehlt, bedeutend unter Fabrikpreisen, die Wäschefabrik von

Theophil Davidsohn

Neustrasse Nr. 3.

**Großer Weihnachts-Ausverkauf** der neuesten und geschmackvollsten Kleiderstoffe und Wollstoffe. Ecke 52.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Billig! Billig!**

Gefülltheitshemden in Tricot u. Flanell, Mann- u. Frauenhosen, seid. Cravattentücher, seid. Cachene, garnierte Kopftücher, Herren- u. Damen-Cravatte, Soden, Strümpfe, Gamaschen, Manschetten, Kragen, Tuppons in Mohr, Wolle und div. andere Galanterie-Artikel empfiehlt zu recht billigen Weihnachtsgeschenken

**Wilh. Neuländer.**

Markt 60, Ecke Breslauerstr.

**Billige und praktische Weihnachtsgeschenke.**

1/2 Dhd. Oberhemden 3 Thlr., 1/2 Damenhemden 3 Thlr., Stück gute Creas 3 Thlr., guten Shirting 2 1/2 Thlr., 1/2 Dhd. Handtucher 1 Thlr., 1 Tischtuch 15 Sgr.,

1 elegante Rock 1 Thlr., Jacken und Hosen a 15 Sgr., 1 Tuchdecke 1 Thlr., Waschläche Bezüge a 3 Sgr.

Seidene Cachene a 20 Sgr.

Tessippe von 1 Thlr. und Tappizze von 3 1/2 Sgr. an,

1 gute Plüschtasche für 1 Thlr 20 Sgr., 1 große Partie Kleiderstoffe in schwarz, couleurt und karakt.

Sowie alle in das Leinenfach einschlagende Artikel empfiehlt die Wäschefabrik von

**Salomon Beck.**

Weisse Wäsche wird auf der Nähmaschine in und außer dem Hause sauber u. billig gearbeitet in Barlebenshof Nr. 6, hinten links, b. Frau Piehl.

**Billig!!! Billig!!!**

Echte Wiener Meerschaum-Cigarrenspizen geg. Garantie, wunderschöne lange u. kurze Tabakspfeifen, Spazierstöcke, Rauchgarnituren, Manschettenknöpfe, Billardbälle, Regenschirme von 1 Thlr. an, feinste Parfümerien, Toilettenseifen usw. empfiehlt zu höchst billigen Preisen

**Caesar Mann,**

Drehstierwaaren- und Schirmsfabrikant, Friedrichstrasse Nr. 10, im Hause des Telegraphen-Bureau.

**Michaels Basch, Magazin**

f. Haus- u. Küchengeräthe, Markt- u. Wasserstr.-Ecke,

empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preis: n:

Schlittsche für Damen und Herren, Dr. Meidinger'sche Regelstift-Schreiber, Säulen-Schreiber, Dosen-Schreiber und Feuergeräthe, Kohlenkästen und Kohlenplatten, Petroleum-Kochmaschinen bester Construction, Eisen-Bettstellen mit und ohne Drahtmatratze, Fleischhackmaschinen, Wurststopfmaschinen, Amerikanische Waschmaschinen mit Wringen, Geruchlose Water-Closet's usw. usw. Auswärtige Aufträge werden umgehend prompt effektuiert.

**F. Lefacheux-Revolver**, 6 schüssig, gut eingeschossen auf Schrot- und Kugelschuss.

7 Mm. 9 Mm. 12 Mm. von 5, 6 u. 7 9 Thlr. an inklusive 25 Patronen.

**A. Berger**, Magdeburg, Gewehrfabrikant.

Ober- und Niederschlesische Steinkohlen, Schmiedekohlen, Schmelzcole, Böhmisches Braunkohlen, Senftenberger Braunkohlen und Briquettes usw. in Waggonladungen à 100 bis 220 Centner empfiehlt

**S. A. Krueger**, Posen, Friedrichstrasse Nr. 27.

vis-a-vis der Königl. Louisenschule.

Eine Parthe feiner gestickter Tüllgardinen empfiehlt, bedeutend unter Fabrikpreisen, die Wäschefabrik von

Theophil Davidsohn

Neustrasse Nr. 3.

**Großer Weihnachts-Ausverkauf** der neuesten und geschmackvollsten Kleiderstoffe und Wollstoffe zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Billig! Billig!**

Weltmarkt und Wasserstr.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo Kareski.

**Weltmarkt** und **Wasserstr.** zu auffallend billigen Preisen. Manufactur- und Leinen-Bazar. Leo K

Meine große  
Zuckerwaaren-, Marzipan-  
und  
Cartonagen-Ausstellung  
empfiehle zu gütiger Beachtung.  
**R. Neugebauer,**  
Berlinerstraße 15b.

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönlich in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

**Giesmendorfer Presshese**  
von bekannter, triebkräftiger Qualität, täglich frisch,  
offerirt die Fabrikniederslage in Posen, Schloß-  
straße 2. — Bestellungen zum Feste werden recht-  
zeitig erbeten.

Vom 1. Januar 1875 ab erscheint täglich des Morgens die

**Berliner Presse.**

Dieselbe stellt sich die Aufgabe, ihre Leser über alle Vorkommnisse des  
öffentlichen Lebens, sowohl auf den Gebieten der Politik, des  
Handels und der Industrie, als auch auf denen der Kunst und  
Wissenschaft schnell und eingehend zu unterrichten. Die „Ber-  
liner Presse“ wird dabei stets eintreten für die Interessen unseres deutschen  
Gesamt-Vaterlandes sowohl, als auch für die unseres deutschen  
Volkes.

„Macht und Ehre Deutschlands!“  
wird deshalb unser Wahlspruch für die äußere Politik lauten;  
Freiheit, Bildung und Wohlfahrt jedes Einzelnen und  
Aller! werden wir in der inneren Politik vertreten.

Wir werden also, ohne uns vor vorne herein auf einen Partei-Stand-  
punkt zu stellen, eine vernunftgemäße, gesunde Opposition überall da-  
urchlos und offen zur Geltung bringen, wo von irgend einer Seite, an diesen  
Grundprinzipien des Gemeinwohls Deutschlands und seines Volkes  
gerüttelt werden sollte. Gleichzeitig werden wir nicht versäumen, unserer  
freunden alle Ereignisse des Berliner Lebens, sowie auch die wichtigsten  
Lokal-Vorfälle aus allen deutschen Gauen in möglichst fesselnder Form,

zur Kenntniß zu bringen; während unser Feuilleton denselben die  
interessantesten und spannendsten Romane der ersten Autoren, so-  
wie die geistreichsten Feuilleton-Artikel unserer beliebtesten  
Feuilletonisten bieten wird.

Die „Berliner Presse“ strebt dorthin, durch ihre Tendenz, sowie durch

die Ausführung derselben eine

der ersten Zeitungen der Welt

zu werden, und, indem sie von der jungen Weltstadt ausgeht, einem schon lange  
nicht empfundenen Bedürfnisse abzuhelfen und eine wesentliche Lücke unter den  
Berlin-Zeitung auszufüllen. Sie vermag dies umso mehr, als für ihre Re-  
daktion die ersten Kräfte engagiert sind und für die besten Original-  
Correspondenzen aus allen bedeutenderen Städten Sorge getragen  
werden. Und die „Berliner Presse“ auch den weniger demittierten Klassen der  
gebildeten Stände zugänglich zu machen, haben wir den Abonnements-Preis auf  
das möglichst niedrige Maß festgelegt, was wir natürlich nur im Vertrauen  
auf die allseitige Unterstützung des Publikums thun konnten.

Zudem liefern wir unseren Abonnenten noch wöchentlich das  
**Sonntagsblatt der Berliner Presse**,  
für welches die tüchtigsten Kräfte der belletristischen Literatur,  
wie die namhaftesten populär-wissenschaftlichen Schriftsteller  
als Mitarbeiter gewonnen sind, gratis.

Der Abonnements-Preis beträgt per Viertel-  
jahr für Berlin 4 Mark 75 Pf. (1 Thlr. 17½ Sgr.)  
incl. Bringerlohn, für auswärts 5 Mark (1 Thlr.  
20 Sgr.) incl. Post-Bestellgeld. Vierteljährige und  
monatliche Abonnements werden angenommen von  
allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, für  
Berlin auch von allen Zeitungs-Spediteuren, so-  
wie von der

**Expedition der „Berliner Presse“**,

Berlin, S. Neue Rosstraße 7.  
Inserate zum Preise von 35 Pf. gleich 3½ Sgr. pr. 4 gespaltene Petits.  
Sie werden von allen Annoncen-Bureau's, wie auch von der Expedition S.  
Neue Rosstraße 7 entgegengenommen.

### Dr. Pattison's Gichtwatte

lindert sofort und hellt schnell  
Gicht und Rheumatismen  
aller Art, als Gichts-, Brust-, Hals-  
und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und  
Kniegicht, Gliederreissen, Rücken- und  
Lendenreihen. (H. 62830)

In Paketen zu 8 Sgr. und halben  
zu 5 Sgr. bei Frau Amalie Buttke,  
Wasserstraße 8/9.

Meine große  
Zuckerwaaren-, Marzipan-  
und  
Cartonagen-Ausstellung  
empfiehle zu gütiger Beachtung.

**R. Neugebauer,**  
Berlinerstraße 15b.

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönlich in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober-Ungarweine**  
habe erhalten und empfehle so-  
wohl in ganzen Tonnen als auch  
auf Flaschen zu den billigsten  
Engros-Preisen

**A. Cichowicz.**

Für das bevorstehende Fest empfehle meine  
Colonial-, Delikatessen-, Wein-  
und Bier-Handlung.

Ganz besonders mache auf die über 30 Jahre an-  
erkannte und bewährte Haupt-Hefen-Niederslage  
aufmerksam.

**S. Alexander,**

(S. Kirsten) St. Martin Nr. 11.  
Die Hefenbestellungen für das Fest werden rechtzeitig  
erbeten.

Meine persönliche in Ungarn  
eingekauften  
**Ober**

Wertvolles Weihnachtsgeschenk!

# Schlossers Weltgeschichte,

Vollständigste und beste Weltgeschichte!

das bekannte klassische Nationalwerk, ist bis auf die Gegenwart fortgeführt, jetzt vollständig  
und in allen Buchhandlungen in 18 Bänden elegant gebunden a Thlr. 1½ vorrätig.  
Eine wertvollere gesegnete Weihnachtsgabe dürfte sich kaum bieten.

## Kalendorz

polski i gospodarski dla W. Ks. Poznańskiego  
na rok 1875

wyszedł z druku i oprócz kalendarza kościelnego, astronomicznego, żydowskiego i t. d. zawiera: Komedia w podróży, Czy Wincenty z Szamotuł był zdrajca? Materiał i merytoryjni naszego czasu, Józef Łukaszewicz (biografia), Istota i zalety nowych pieniędzy, redukcja ich na stare i odwrotnie, Wykaz jarmarków W. Ks. Pozn., Prus Wschod. i Zachod. i Śląska, drugi Wykaz jarmarków (chronologiczny) porządkiem miesięcy i dni ułożony.

Nabyć go można w każdej księgarni. Cena 9 sgr.

Drukarnia Nadworna W. Deckera i Sp.  
(E. Röstel.)  
w Poznaniu.

In unserem Verlage ist erschienen:

## Comtoir-Wand-Kalender für 1875.

Im Dutzend 24 Sgr., einzeln 2½ Sgr.

Posen.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.  
(E. Röstel.)

Baumlichtchen,  
Wachsstücke  
in verschiedenen Größen und  
Farben,  
sowie

Astarkerzen  
empfiehlt die  
Wachswaren-  
Fabrik  
von  
M. Sobecki,  
Breitestraße 24.

Sämtliche Klässer  
in eleganten Einbänden zu billigen  
Preisen sind vorrätig in  
Ernst Rehfeld's  
Buchhandlung.

Ed. Bote & G. Bock  
empfehlen  
zu Festgeschenken  
ihr wohlassortiertes  
Bücher-Lager  
in allen Ausgaben für jedes  
Alter und in sehr eleganten  
Einbänden.

Unser  
Musikalien-Lager  
und  
Musikalienleihinstitut  
bietet die grösste Auswahl.  
Alle öffentlich angezeigten  
Bücher, Prachtwerke, Musika-  
lien sind stets zu denselben  
Preisen bei uns zu haben.  
Bestellungen werden sofort  
effektuiert.

Ed. Bote & G. Bock.  
Hof-Buch- & Musik-  
handlung.  
Posen.  
Wilhelmsstr. 21.

Als Weihnachtsgeschenk  
Cölner Dombau-Loose  
Hauptgewinn 25,000 Thaler  
Ziehung 14. Januar f. Z.

Iserlohner Lotterie-Loose  
Hauptgewinn 3000 M.  
Ziehung 1. März f. Z.  
findet a 1 Thlr. in der Expedition  
der Posener Zeitung zu haben.  
Ein klein freundl. möbliertes Zimmer  
Berlinerstraße 22, 1. Treppen, zu vermieten.

Halbdorfstraße 18 a  
ist Verzierung eines Eisenbahnbeamten  
halber eine Wohnung zu vermieten.

Eine große Auswahl polnischer und  
deutscher  
Jugendschriften, Klassi-  
fer, Gebetbücher u.  
zu billigen Preisen im

Ausverkaufe  
der Buchhandlung M. Ja-  
gielski, Bergstraße 9.

Petroleum-Lampen,  
Petroleum-Kochmaschinen,  
Wiener Kaffeemaschinen,  
Berzelius-Kessel u. Lampen,  
Solinger Messer aller Art  
bei

**H. Klug,**  
Breslauerstraße 38.

Als Weihnachtsgeschenke passend:  
Große Geldverloosung.  
7,935,120 Reichsm.  
eingeteilt in

43,300 Gewinne,  
vom Staate Hamburg garantiert,  
kommen in 7 Abteilungen zur  
sicheren Entscheidung. Haupttreffer  
Reichsm. 375,000, 250,000, 125,000,  
90,000, 60,000, 50,000, 40,000, 36,000,  
3 a 30,000, 24,000, 2 a 20,000, 18,000,  
6 a 15,000, 23 a 12,000, 34 a 6000  
u. f. w.

Der plausibl. Preis ist:  
ein ganzes Original-Los 2 Thlr.,  
ein halbes Original-Los 1 Thlr.,  
ein viertel Original-Los ½ Thlr.

Alle Aufträge, selbst nach den ent-  
fernen Gegenden, werden gegen Post-  
entzahlung oder Postnachnahme von mir  
aufs Prompteste und Sorgfältigste aus-  
geführt. Jeder Theilnehmer erhält das  
mit Staatswappen versehene Original-  
Los, nebst amtlichem Plan zugesandt  
und sofort nach Ziehung die amtliche  
Liste.

Die Auszahlung der Gewinne er-  
folgt prompt unter Staatsgarantie.  
Zu der am 16. und 17. Dezember  
beginnenden Ziehung lädt zu einem  
Glückversuch ergebnisfrei ein.

**D. Kaufmann.**  
Bankgeschäft.  
Hamburg.

Eine Wohnung,  
in der 3. Etage, bestehend aus 4 Zim-  
mern und Zubehör, ist St. Martin 45  
sofort oder vom 1. Januar 1875 zu  
vermieten.

Einige Wohnungen zum Preise von  
60–80 Thlr. sind noch per Neujahr  
zu verm. bei F. W. Dorn, Graben 3 c.

Ein Laden neb. 5 Stuben sind vom  
1. Januar 75 sofort ganz oder ge-  
teilt zu vermieten bei F. Rogozyn-  
ski, St. Adalbert 40.

Die Beamten-Stelle in  
Kręzyn ist besetzt.

Dr. J. S. Popp's  
Anatherin-Mundwasser,  
Vegetabilisches Zahnpulver  
Anatherin-Zahnpasta,  
Zahnplombe  
haben sich ihrer Vorzüglichkeit we-  
gen einen europäischen Ruf erwor-  
ben. — Diese Produkte dürfen  
deshalb Personen, welche auf  
Schöne Bähne  
Werth legen, sowie solchen, welche  
mit

Zahnübeln  
befaßt sind, gewissenhaft zum  
Gebrauche empfohlen werden.

Devots in den meisten Apothe-  
ken Deutschlands, in Posen bei  
Herrn S. Alexander (G. Kirsten)

St. Martin 11.  
A. Duchowski,  
Bergstr. 14.

Haupt-Depot in Berlin bei  
Herrn J. J. Schwarzkopf  
Söhne, Markgrafenstr. 30.

Seitensstraße 11 im 1. Stock 3 große  
Zimmer, Küche und Nebengelaß, ren-  
ovirt, mit Wasserleitung und Gas, so-  
fort oder per 1. Januar zu vermieten.  
Näheres Lindenstraße 3, im 2 Stock,  
links

Die möbl. Stuben des Professor R.  
sind vom 1. Januar zu vermieten  
Breitestraße 14, bei Frau Lehrer  
Wileńska.

1 Laden nebst angrenzen-  
dem Zimmer ist  
Wilhelmplatz 15 sofort zu verm.  
Näh. bei Joseph Bach, Markt 59.

Ein Geschäftskeller, 2 St., sofort z. v.  
F. Eichsch, Bartlebenhof Nr. 3.

Ich brauche baldigst einen Bureau-  
Ghilfen. Im Polizeifach geübter, bei  
der Landessprachen mächtiger Bewerber  
wollen sich schmeichelhaft melden. Ein-  
kommen nach Uebereinkunft.

Bielskow, den 11. Dezember 1874.

Giernat,  
Distrikts-Kommissarius.

Ein Brenner mit guten Bezeugnissen  
kann sofort hier eintreten.

Marwig bei Landsberg a. W.

Es wird vom 1. Januar eine evang.  
gepr. musik. Erzieherin auf's Land zu  
3 Kindern gesucht, Mädchen von 9 bis  
14 Jahren. Zu erfr. bei Frau Kaufm.  
Dümke, Wilhelmstraße 17.

Einen jungen thätigen  
Wirthschaftsbeamten,  
beider Landessprachen mächtig, wünscht  
sofort oder per 1. Januar 1875

Dom Kuschewo  
bei Schotten,

Personliche Vorstellung erw., event.  
d. 14. d. M., Vorm., Posen, Alten  
Markt Nr. 50.

Zum 1. April f. J. wird  
vom Dom. Rosietnica ein  
verheiratheter Kutschier  
gesucht; nur persönliche Mel-  
dung wird berücksichtigt.

**R. Funck.**

Wilhelmsplatz 2  
ist eine neuapartierte Wohnung, besteh-  
end aus 5 Stuben, Kammer, Küche,  
Nähdengelsh und Wasserleitung sofort  
oder vom 1. Januar ab zu vermieten.

Für mein Kurzwaren- und Galan-  
terie-Geschäft suche ich zum sofortigen  
Antritt einen Gehrling.

Philipp Jacobi.  
Markt 99.

Für mein Geschäft suche  
vom 1. Januar 1875 einen  
befähigten Commis.  
Personliche Vorstellung wird  
zur Bedingung gemacht.

**A. Kunkel jun.**

Ein im Leingehärt geübter junger  
Mann, der zugleich mit der Buchföh-  
rung vertraut ist, findet Stellung bei

**Salomon Bock.**

Von Neu. 1875 ab ein Dörr- u.  
Gemüsegarten zu verm.; ebenso vom  
April 1875 ab eine Wohnung von  
4 Zimm., Küche u. Näh. Graben  
Nr. 29/30.

1 Wirthschaftselev. n uno 1  
tückigen Voigt sucht das Dom.  
Placzyk per Schröda.

Durch das landwirtschaftliche  
Central-Berufungs-Bureau  
der Gewerbe-Buchhandlung von  
Reinhold Kühn & Engelmann  
in Berlin W., Leipzigerstr. 14, werden  
gesucht: 17 Inspektoren, Hof- u.  
Feldverwalter. Geh. 100 – 200  
Thlr., d. d. Nachnungsführer für  
kleine Güter. Mehrere tüchtige Förster  
für Niedland, d. d. Bremner für  
Böhmen, 4 Wirthschafterinnen.  
Honorar nur für wirkliche Leistungen.

1 rout. Mann, er, verb., m. w. Fa-  
mille, sucht als Aufseher, Comtoir-  
dienner, Portier z. Stellung.

Näheres bei Commission. Herrn A.  
Ostermann, Friedrichstraße 3.

Ein im Dampfmachinenbau, Mühl-  
en und Brenneranlagen vertrauter  
Werkführer sucht als solcher oder  
als Maschinemeister (Monteur), Stell-  
ung. Gef. Offerten wolle man an  
Regierungsbüroten Herrn Lammhän-  
ter, St. Martin Nr. 1 einsenden.

Ein er., der deutschen und polnischen  
Sprache mächt., d. d. Wirthschafts-Insp.  
sucht zu Neujahr 1875 eine Stellung. Gef.  
Offerten bitte unter A. H. poste rest.

Ein tüchtiger Commis (Materialist),  
mit der Buchführung vertraut, sucht  
geküsst auf die besten Zeugnisse und  
Empfehlungen, zum 1. Januar 1875  
Stellung.

Gef. Offerten unter S. S. 12 poste  
restante Strzelno zu adressieren.

Ein junger Mann, der bereits einige  
Jahre die Landwirtschaft betrieben,  
wünscht zum 1. Jan. 75 eine

**Inspektorstelle**

zu übernehmen.

(Erwünscht ist ein gröberes Gut und  
speziellere Leitung des Besitzers.)

Gef. Offerten erbitten unter M. C.  
poste rest. Kiszkow (Prov. Posen).

Eine gebildete Wirthschafterin, der  
Küche, Milcherei, Viehzucht, der deut-  
schen und polnischen Sprache mächtig,  
sucht bei guter Behandlung eine Siel-  
lung vom Neujahr ab. Gef. poste rest.

Geschen unter Nr. 15. E. B.

Ein unverheiratheter

**Wirthschafts-  
Inspektor,**

lath. Konf., beider Landessprachen  
mächtig, mit guten Zeugnissen und Rec-  
ommendationen vertraut, sucht sofort  
oder zum 1. Januar 1875 eine passende  
Stellung. Beliebige Offerten erbitten  
unter Adress Th. Spindler, Gnesen.

Ein junges Mädchen, welches 2½  
Jahr im Galanterie und Weißwaren-  
Geschäft war, sucht von Neujahr an  
derweitere Stellung. Gef. Offerten un-  
ter Adress Th. Spindler, Gnesen.

Um stillle Theilnahme bitten

**Die Hinterbliebenen.**

Am 10. d. M. starb hier selbst im  
71. Lebensjahr der Beigeordnete und  
Stadtälteste, Kaufmann

**Daniel Haase.**

Mit ihm scheidet eine bewährte Kraft  
aus unserer Mitte. Seit länger als 25  
Jahren der hiesigen städtischen Vertri-  
bung zuerst als Stadtverordneter, dann  
während der letzten 12 Jahre als Bei-  
geordneter angehören, hat er es sich stets  
angelegen sein lassen, nach Kräften und  
in uneigennütziger Weise den Interessen  
der Stadt gerecht zu werden.

Die Liebe und die Mäßigung seiner  
Mitbürger folgt ihm in das Grab.

Kurnik, d. 11. Dezember 1874.

Der Magistrat und die Stadt-  
verordnetenversammlung.

Die Gewinnliste der

**Schleswig-Holsteinischen  
Landesindustrie-Lotterie**

haben erhalten und kann  
bei uns eingesehen oder auch  
kauflich für 2 Sgr. abge-  
lassen werden.

Die Erneuerung der Looses

zur zweiten Klasse muss bis  
spätestens 9. Januar f. J.  
erfolgt sein.

**Der Vorstand.**

**Handwerker-Verein.**

Montag, den 14. Dezember, Abends  
8 Uhr: Vortrag des Herrn Förster.  
Über Akustik mit Experimenten.

Heute Wiener Schnitzel und Kalbs-

fleisch, empfohlen

Z. Pojeck, Friedrichstraße 18.

Ein landwirtschaftlicher Rech-  
nungsbeamter sucht das Dom.  
H. in der Cr. der Posener Btg.

**Verein  
junger Kaufleute  
zu Posen.**

Im Sternschen Saale

Mittwoch, den 16. d. Mts.

Abends 8 Uhr

**CONCERT**

des Violin-Virtuosen

**Herrn Miska Hauser.**</